

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei ins Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Monopol und Lizenzsteuer.

Das preussische Finanzministerium ist schon an der Arbeit, um die Lizenzsteuer vorzubereiten für den Fall, daß das Branntweinmonopol vom Reichstage abgelehnt wird. Demnach scheint auch die Regierung die Hoffnung, mit dem Branntweinmonopol durchbringen zu können, aufgeben zu haben. Sie wird damit das Richtige getroffen haben, denn die Opposition, die sich im ganzen Deutschen Reich gegen das Monopolprojekt erhebt, kann nicht ohne bedeutenden Einfluß auf die endliche Entscheidung der Reichsversammlung bleiben. Wer sein Mandat als Reichsvertreter ernst nimmt, muß in der That die Gesamtinteressen des Volkes bei seinen Entschlüssen berücksichtigen. Daß es sich bei dem Branntweinmonopol darum handelt, den Staatskassen neue Mittel zuzuführen und daß andererseits den großen Brennereibesitzern bedeutende Summen zufließen würden, liegt auf der Hand. Ebenso klar ist, daß nur die Masse der Konsumenten es ist, welche die enormen Summen tragen muß, die das Monopol bringen soll. Man hat sich zwar bei den Schutzöllnern daran gewöhnt, spottweise „armen Konsumenten“ zu reden, wenn auf den Konsumenten als auf den Faktor hingewiesen wird, der die Lasten der Schutzölle und Monopole in letzter Linie zu tragen hat. Allein wir nehmen den Ausdruck „armen Konsumenten“ ernsthaft. Gewiß hegen wir einen glühenderen Wunsch, als daß unser Volk in seiner Gesamtheit glücklich und wohlhabend wäre; indessen ist die Thatsache vorhanden, daß die Masse der Konsumenten wirklich arm ist und sich in ihrer Lebenshaltung auf einem Niveau bewegt, so niedrig, daß es dem gemeinen Stand der Kultur von heute keineswegs entspricht. Es ist nicht klug, damit seinen Spott zu treiben; es ist gut mit unserem Volke meint, wird dies niemals sein. Das mögen sich die Herren Schutzöllner merken, wenn ihnen wieder die Lust onkommen sollte, über diejenigen zu spekulieren, welche die Interessen des armen Konsumenten zu vertreten haben.

Feuilleton.

Die Tochter des Bankrotteurs.

Roman aus der Gegenwart von Gustav Böffel.

Die Baronin mochte einsehen, daß Andere die Auskunft geben würden, die sie verweigerte, und so antwortete sie: „Seit vierzehn Jahren.“
„Und das Fräulein ist jetzt alt?“
„Achtzehn Jahre.“
„Also kam sie zum ersten Male in ihrem vierten Jahre zu Ihnen. Und wer brachte sie Ihnen da? Denn allein kann sie doch nicht gekommen sein.“
„Ihr Vater.“
„Der Kommerzienrath Eschenbach?“
„Ben sonst kann ich meinen, wenn ich sage ihr Bewunderung.“
„Er wollte etwas erwidern, kniff aber fest die Lippen zusammen, als wenn er sich auf einer Dummheit ertappt hätte.“
„Gut!“ sagte er. „Und wie lange blieb die Kleine Erna dann bei Ihnen?“
„Bis — zu ihrem vierzehnten Jahr.“
„Ah! Sie haben sie erzogen?“
„Ja.“
„Für — Geld?“
„Mein Herr!“ flammte die Baronin auf.
„Er zuckte die Achseln.“
„Die Frage ist banal, aber verzeihlich,“ sagte er, in der Hoffnung, aber die antiquirte und dürftige Ausstattung des Zimmers ableiten ließ. Verschossene, gebleichte Stoffe, ausgetretene Teppiche, vergraute Tapeten, düstere alte Bilder von Berggipfeln, auf denen kaum mehr ein Schatten von Vergoldung ruhte, begegneten dem Auge überall und erinnerten lebhaft an den äußeren Verfall des Schlosses.

noch für den Tabak bewilligen will. Die Folgen der Lizenzsteuer würden zum großen Theil wieder auf den „armen Konsumenten“ fallen, sie würden aber auch das Schankgewerbe drücken und somit jenen frommen Seelen, die im Wirthshausbesuch die Quelle alles irdischen Uebels erblicken, ein großes Vergnügen bereiten. Da würde man dann den preussischen Konsumenten und Schankwirth in den konservativen Organen sagen: „Wir wissen wohl, daß auch die Lizenzsteuer wehe thut, aber das habt ihr nur dem Reichstage zu verdanken, der das Branntweinmonopol zurückweist und der Regierung die Geldmittel, die sie doch so nöthig verbraucht, verlagert.“

Nun, unserer Meinung nach ist das Haushaltungsbudget des Reichs nun gerade groß genug und beginnt an allen Nähten zu plagen; indessen sehen das doch nicht alle Leute ein. Und da kann es denn doch zaghafte Seelen geben, auf welche die im unmittelbaren Hintergrund hinter dem Branntweinmonopol auftauchende Erscheinung der Lizenzsteuer einen mächtigen Eindruck ausübt. Wer weiß, ob nicht noch im letzten Augenblick Manche ihren Entschluß ändern, weil sie den Vorwurf, sie seien an der Einführung der Lizenzsteuer schuld, nicht glauben ertragen zu können! Sie denken dann: wenn einmal neue Lasten aufgeladen werden sollen, dann mache man es gleich dem Arzte, der seine Operationen nicht langsam, sondern mit einem einzigen und energischen Schnitt zur Ausführung bringt. Beim Arzte mag das Verfahren ganz gut sein; ein Volksvertreter, der im vorliegenden Falle so verfahren würde, hätte keine andere Absicht, als seine Schwäche damit zu verdecken.

Die Majorität des Reichstages wird und kann sich indessen durch das im Hintergrund erscheinende Geipenspi der Lizenzsteuer nicht bewegen lassen, dem Branntweinmonopol zuzustimmen. Denn es kommt dabei noch eine andere Frage in's Spiel, die von einem so gemäßigt liberalen Organ, wie die Münchener „Allgemeine Zeitung“ es ist, vor Kurzem in folgende Worte gefaßt wurde: „Mit dem Spiritusmonopol will Fürst Bismarck nach seiner Art das Reich festigen; er denkt dem Staate damit Einnahmen zu schaffen, mit denen das Budgetrecht des Reichstages wesentlich alterirt würde. Das Mittel schließt die Absicht in sich ein, den Willen der Regierung auf Kosten des Reichstages zu stärken, einen Schritt weiter in der Schwächung des Konstitutionalismus.“

Das ist klar gesagt und schließt jede Zweideutigkeit aus. Wir sind keine Schwärmer für den sogenannten Konstitutionalismus an sich, der ein System der Halbheit und der Schwäche ist. Aber es ist uns doch lieber, daß ein Budgetrecht da ist, als wenn keines

Sie sah den Blick und es gab ihr offenbar einen Stich ins Herz, sich so nach ihren äußeren Verhältnissen tarirt zu sehen.

„Sie hatten also andere Gründe, welche Sie bestimmten, sich Erna Eschenbachs so mütterlich anzunehmen,“ fuhr Romberg ruhig fort. „Diese Gründe interessieren mich; darf man sie wissen?“

„Warum nicht? Sie sind so naheliegend, wie natürlich. Das Kind war eine Waise, und war ich nicht ebenso verwaist? Ihr erstes Erscheinen hier fiel wie ein freundlicher Sonnenstrahl zwischen die düstern alten Schloßmauern, und ein herzliches Empfinden sagte mir, daß dieses Kind zu meinem Glücke hergekommen sei. Ich nahm mich seiner an, ich versuchte ihm das zu ersetzen, was es so frühzeitig verloren — seine Mutter! Und wenn mir das auch nicht ganz gelang, weil eine Mutter unerfänglich ist, so darf ich doch wohl sagen, ich habe Ernas Jugend weniger trübe gestaltet. Ihre Liebe hat mich dafür auf's reichste entschädigt. An einen pekuniären Vortheil habe ich nie gedacht!“

„Sollten das wirklich alle Gründe gewesen sein, welche Sie zu dieser Handlungsweise bestimmten?“
Der Kommissär richtete einen lauernden, stehenden Blick auf die Baronin; sie wechselte die Farbe.

„Ich sehe von Gerüchten ab, die in der Umgegend verbreitet und selbst bis nach Neu-Strelitz hin gedungen sind —“ sagte er zögernd.

Sie gab noch lebhaftere Zeichen von Unruhe.
„Ah — Sie kennen sie!“
Er sprach es rasch, wie in Bestätigung einer Frage, die er sich selbst gestellt hatte.

„Ja, ich kenne sie, diese elenden Verleumdungen,“ erwiderte die Baronin mit einem Anflug edler Entrüstung, aber ich habe gefesselt gegen sie mein Ohr verstopft, um es das arme Kind nicht entgelten zu lassen, was Andere aus Unwissenheit gegen mich sündigten. Es ist ja leider nur zu wahr und eine Unvollkommenheit unserer Menschennatur, daß selbst das edelste, selbstlose Streben aus seiner reinen Höhe herabgerissen und in den Staub getreten wird, sobald man ihm nur den Schatten eines Verdachtes anhängen kann.

da wäre. Wären der Regierung ihre Projekte mit den beiden Monopolen gelungen, so hätte sie dem Parlament gegenüber so unabhängig dagestanden, daß das Budgetrecht fast aus unserem politischen Leben gestrichen gewesen wäre. Daß wir heute kein volles Budgetrecht mehr haben, daran trägt die Schuld der Nationalliberalismus, der sich herbeiließ, das militärische Septennat zu schaffen, dieselbe Institution, von der Herr von Forckenbed 1867 gesagt hatte, daß sie „die Vernichtung des Budgetrechts“ bedeute und für deren Zustandekommen er mit Herrn von Bennigsen sieben Jahre später allen seinen Einfluß aufgebietet hat.

Wenn also der Reichstag die Monopole bewilligen und der Regierung so außerordentliche Geldmittel in die Hand geben würde, so würde er sich selbst aller politischen Bedeutung begeben. Es würde sich, wie der Volksausdruck lautet, selbst absägen. Denn seine Bedeutung beruht einzig auf dem Budgetrecht. Das weiß indessen die gegenwärtige Majorität recht gut; sie ist eine andere als diejenige, welche das Militär-Septennat geschaffen und aufrecht erhalten hat.

Die Erscheinung der drohenden Lizenzsteuer im Hintergrund kann also wohl bängliche Gemüther, etwa national-liberaler Art, verwirren; dem Branntweinmonopol wird sie schwerlich eine Majorität verschaffen.

Politische Uebersicht.

Drei Tage lang hat der Kampf um die Währung im Deutschen Reichstage gedauert; die Kämpfer streckten endlich die Waffen vor lauter Ermüdung und — der Reichstag war so klug wie vorher. Der konservativ-liberale Antrag, die Regierung zu ersuchen, der Währungsfrage näher zu treten, wurde schließlich gestern mit einer Majorität von 30 Stimmen angenommen. Es war dies, wenn man den Verlauf der Debatte betrachtet, ein Sieg der wirtschaftlichen Reaktion, ein Sieg des Großgrundbesitzes über das mobile Kapital. Ein Sieg Kardorffs über Bamberger. Die Deutsch-Konservativen, die starren Vertreter des besessenen, des Großgrundbesitzes, hatten in dieser Frage sich mit dem Zentrum verbunden, welches gleichfalls in einem Theile den Großgrundbesitz, im anderen den Handwerkerstand mit seinen Innungsbestrebungen vertritt, dem ja auch durch die Doppelwährung geholfen werden soll. Die Gegner setzten sich aus den Vertretern des mobilen Kapitals zusammen, weil die Goldwährung den internationalen Verkehr fördern soll. An der Spitze steht dabei natürlich die deutsch-freisinnige Partei, der sich in dieser Richtung die national-liberale anschließt, dann ein großer Theil der Freikonservativen, welche

Zuerst hat man gesagt, ich erziehe das Kind um des Geldes willen, welches dafür bezahlt würde, und als man sich davon überzeugen mußte, daß ich kein Geld zugeschiebt erhielt und daß auch Niemand herkam, der mir solches hätte herbringen können, verbreitete man das Gerücht, ich stünde in den engsten verwandtschaftlichen Beziehungen zu dem Kinde, zu denen ich mich öffentlich nicht bekennen dürfe — eine Verleumdung, welche ich mit ebenso viel Verachtung zurückweise wie die früheren. Mein Leben und Wirken ist rein von jedem Malel. Dieses Bewußtsein gab und gibt mir die Kraft, das Unwürdigste mit Würde zu tragen, um Erna's willen.“

Es lag ein tiefes, stillliches Pathos in diesen Worten der Baronin, welches auf den unbefangenen Hörer seinen überzeugenden Einfluß nicht verfehlt haben würde; aber der Kommissär und in Nachahmung desselben der Unterbeamte blieben kalt dagegen.

„Allerdings sagte man so etwas,“ entgegnete Jener, „und ich selbst war getäuscht, als ich die junge Dame Sie bei einem Namen nennen hörte, der . . . Aber gleichviel! Der Punkt ist erledigt. Wollen Sie mir nun gefälligst etwas von Ihren Beziehungen zu dem Kommerzienrath sagen?“

Sie sah ihn groß und fragend an.

„Ich meine, sind Sie mit dem Herrn vielleicht verwandt?“ verbesserte er sich.

„Nein.“

„Also nur befreundet?“

„Ja.“

Und natürlich sehr intim befreundet; denn eine solche Dpferthat —

Sie streckte abwehrend die Hand gegen ihn aus.

noch in der Gränderära schweben und auf Dr. Strouberg geschworen haben. Diesen drei Gruppen gesellen sich die Sozialdemokraten hinzu, welche gleichfalls für Beibehaltung der Goldwährung sind. Ein Grund ist der, daß sie befürchten, durch Einführung der Doppelwährung würde der Geldwerth herabgedrückt und für den Lohn in Silber nicht mehr die Baarenmenge zu erzielen sein, wie jetzt bei der Goldwährung. Dann aber begrüßen die Sozialdemokraten die kapitalistische Entwicklung immer mit Genugthuung, weil desto eher dann eine Umwandlung der heutigen Produktionsweise zu Gunsten der Arbeiterklasse sich vollzieht. Durch die Goldwährung aber ist die Entwicklung des Kapitalismus wesentlich vorgeschritten. Die Regierung steht sonderbarer Weise auf Seiten des mobilen Kapitals, sie will in der Währungsfrage nicht zurückgehen.

Das Sozialistengesetz ist gestern im Reichstage eingebracht worden. Der Bundesrath hat nichts an dem preussischen Entwurf, den wir unsre Leser seiner Zeit mitgetheilt haben, geändert, so daß wir das Gesetz jetzt nicht mehr abdrucken brauchen. Wie verlautet, soll dasselbe in nächster Woche im Reichstage zur ersten Berathung gelangen.

Die bisher streitige Frage der Kommunalbesteuerung der Offiziere soll nun, wie verschiedene Blätter wissen wollen, dadurch ihre endgültige Lösung finden, daß die Kommunalsteuerangelegenheit von dem Militärpensionsgesetz getrennt und zwar im preussischen Landtag, das letztere im Reichstag zur Entscheidung gebracht wird. Man begründet die getrennte Behandlung damit, daß die Kommunalsteuer Sache des preussischen Staates, das Pensionsgesetz aber ausschließlich Sache des Reiches sei. Hingegen wird noch ein Hinweis auf andere Bundesstaaten, wie Hessen, Bayern und Württemberg, in welchen die Offiziere Kommunalsteuer zahlen. Bekanntlich ist das Militärpensionsgesetz nicht zu Stande gekommen, weil die Mehrheit des Reichstages ihre Zustimmung von der Heranziehung der Offiziere zur Kommunalsteuer abhängig machte, während die Regierung diese Bedingung nicht akzeptiren wollte. Es läßt sich billiger bezweifeln, ob die Angelegenheit in der obigen Weise zur Entscheidung im Sinne der Reichstagsmehrheit gelangen wird.

Die Eventualität des halbverschollenen Kaufschulgesetzprojekts (Gesetz des Ausnahmefalles durch Handhaben, um das gemeine Recht gegen alles Mißliebige bequem anwenden zu können) taucht wieder auf. Hindler sitzt mit Wohlgefallen: Bezüglich der Verlängerung des Sozialistengesetzes äußert die „Weser-Zeitung“: „Wir geben willig zu, daß das Ausnahmefalles für äußere Ordnung angenehme Ergebnisse geliefert hat. Der wüste Värm sozialistischer Massen und der rohe Ton sozialistischer Organe sind aus dem öffentlichen Leben verschwunden. So dankbar man aber diese Veränderung empfinden mag, so kann man sich doch darüber unmaßlich täuschen, daß dieselbe sich nur auf der Oberfläche der Dinge bewegt. . . . Uebrigens steht die Frage gar nicht so, daß man sich zu entscheiden hätte zwischen dem jetzigen Ausnahmefalles und der völligen Freigabe wilder sozialdemokratischer Agitation. Um wünschlichen Erfolgen entgegenzutreten, muß jede gute Gesetzgebung die Mittel bieten. Nur muß man freilich darauf verzichten, jede unwiderstehende Meinungsänderung als solche schon als Gesetz zu behandeln zu wollen. . . . Der Versuch, durch allgemeine gütige Gesetzgebung die öffentliche Ordnung und den Frieden auch gegen sozialdemokratische Agitation zu sichern, ist noch nicht gemacht worden. Will man behaupten, in Deutschland sei es so weit gekommen, daß es aussichtslos sei, diesen Versuch einzuschlagen?“ — Die Behauptung, unser gemeinrechtliches Strafrecht biete keinen Schutz für die öffentliche Ordnung u. s. w., ist etwas lächerlich. Erinnert man sich nicht mehr der vielen Urtheile, die vor 1878 erfolgt sind? Aber was thut's? Gewiß lassen sich noch schärfere gemeinrechtliche Strafbestimmungen erfinden — z. B.: „Wer durch Gedanken, Sittenmängel, Träume, Andeutungen, Miensenspiel, Kleidertracht, Blumen-schmuck, Seelendust u. dgl. sich des Verdachtes der Mißlichkeit verdächtig macht, wird guillotiniert.“ Da hätte man wenigstens keine Veranlassung mehr, über „Weichmüthigkeit“ zu klagen.

Einen interessanten Beitrag zu Beurtheilung der Bagabundenfrage wird der demnächst erscheinende Schluß des Jahrgangs 1885 der Zeitschrift des königl. Statistischen Bureau's enthalten in einem Aufsatz des Regierungs-Assessor Coert über die Entwicklung der Naturalverpflegungstationen und Arbeiterkolonien in Preußen bis zum 1. September 1885. Dieser Aufsatz, welcher der „Voss. Zig.“ bereits in einem Separatabzuge vorliegt, erörtert zuvörderst in einem allgemeinen Theile die neuere Geschichte der Felleisage und die Bedeutung, welche Arbeiterkolonien und Naturalverpflegungstationen erlangt haben; sodann entwickelt er die Grundzüge, welche für beide Institutionen maßgebend sein müssen, und bespricht die bisherigen Erfolge und die zukünftige Bedeutung dieser Bollwerke (sic!) gegen den

breiten Strom der Wanderheerde. Das eingehende statistische Material, welches der Aufsatz enthält, verdient Beachtung:

Die Zahl der Naturalverpflegungstationen in Preußen betrug am 1. April v. J. 915 (gegen 595 am 1. Mai 1884), die sich über 268 Kreise ausbreiten. Die Höhe des die Stationen zur Verfügung stehenden Felleisagebetrags wird auf 575 557 M. (am 1. Mai 1884 282 443 M.) angegeben. Von sämtlichen Stationen fordern 315 (1884 118) unbedingt oder in der Regel Arbeitsleistung für die Verpflegung, 192 (71) thun dies nur bedingungsweise, insbesondere in so weit Arbeit vorhanden ist, und bei 408 (406) findet Arbeitsleistung überhaupt nicht oder in der Regel nicht statt. Es ist mithin der Antheil der letzteren Stationen von 68.3 pCt. auf 44.6 pCt. gesunken. Aus den Beständen, die Einrichtung einer Gastwirtschaft als Station zu vermeiden, greift mehr und mehr um sich, denn es sind fast die Hälfte aller Stationen bei anderen Personen oder in Herbergen untergebracht (475 bei Gastwirthen, 353 bei anderen Personen und 94 in Herbergen zur Haimath). 148 Stationen werden von Vereinen und Privaten unterhalten, 706 aus öffentlichen, insbesondere Gemeinde- oder Kreismitteln und 61 aus privaten und öffentlichen Mitteln zugleich. Mit 479 Stationen sind Arbeitsnachweiskureau's verbunden. Die Verbreitung der Stationen ist sehr verschieden. In Westpreußen waren am 1. September v. J. 17, in Posen 22, und in Schlesien 35 vorhanden, dagegen in Brandenburg 148, in Sachsen 182, in Westfalen 122, in Hessen-Nassau 90 u. s. w. Von den Regierungsbetrieben steht Frankfurt a. D. mit 77 Stationen obenan. Die Zahl der im Rechnungsjahre 1884/85 auf sämtlichen Stationen verpflegten Personen wird auf 1 045 045 angegeben. Die Statistik der Arbeiterkolonien ist mit dem Referat, welches Dr. G. Veitold für den Armenpfleger-Kongreß in Bremen konstatirt hat, entnommen. Wir führen nur an, daß in den 8 Arbeiterkolonien (Wilhelmsdorf, Rüdiger, Rappolt, Friedrichsruhe, Seyda, Karlshof, Kietzer und Wunscha) folgende Gesamtzahl von Kolonisten am Monatschluß vorhanden war: Juli 1884 559, Oktober 1884 894, Dezember 1884 1280, Februar 1885 1171, April 1885 874, Juni 1885 794. Von den in der Zeit vom 1. Juni 1884 bis 31. März 1885 entlassenen Kolonisten sind nach 42 05 pCt. in Folge Unterbringung in Arbeit und 41,96 pCt. in Folge eigenen Wunsches; nur 5,83 pCt. wurden in Folge von Trunksucht, Arbeitscheu oder schlechten Betragens entlassen. Eine in dem besprochenen Werke enthaltene Tabelle giebt die Zahl derjenigen Personen an, welche zur Vollziehung der Korrektionsnachhaft gemäß § 362 des St. G. B. in den einzelnen Provinzen von 1881 bis 1885 eingeliefert sind. Daraus entnehmen wir, daß im Jahre 1881 (bezw. im Etatsjahre 1881/82) eingeliefert sind 20 407 Korriganden, 1882 21 411, 1883 20 833 und 1884 18 157. Es hat also in zwei Jahren eine Abnahme von 3254 Personen oder 15,2 pCt. stattgefunden. Die für 1885 bezw. 1885/86 bis jetzt vorliegenden unvollständigen Zahlen lassen eine weitere Abnahme von mindestens 20,0 v. a. aussehen. Am bedeutendsten hat erfreulicher Weise die Zahl derjenigen Korriganden abgenommen, die zum ersten Male ins Arbeitshaus kamen; sie ist von 10 605 im Jahre 1881 auf 7745 im Jahre 1884 zurückgegangen, wogegen die Zahl der zum vierten und öfteren Male eingelieferten, also wohl unverbesserlichen „Stromer“ sogar zugenommen hat (von 3528 auf 4169).

Diese Zahlen zeigen wiederum zur Genüge, wie groß die Unwissenheit jener Leute ist, welche die „Bagabunden“ einfach als arbeitscheues Gesindel betrachten, vor welchem nur der Gendarm und das Korrektionshaus schützen könne. Nur 5,83 pCt. wurden wegen Trunksucht, Arbeitscheu oder schlechten Betragens von den Arbeiterkolonien entlassen, eine winzige Anzahl, welche um so winziger erscheint, als allgemein bekannt ist, wie streng die Verhältnisse in jenen Kolonien sind und wie geringfügig die Kost sowie die Vergütung für geleistete Arbeit ist. Ganz besonders ist auch auf den Umstand hinzuweisen, daß der Besuch der Kolonien im Winter ein viel höherer als im Sommer ist. Auch dieser Umstand spricht deutlich genug zu Gunsten der sog. Bagabunden. Andererseits liefern die obigen Zahlen ein recht trauriges Bild von den Zuständen im engeren Vaterlande. Jedem denkenden Staatsbürger wird sich unwillkürlich die Frage aufdrängen: Wie soll das enden? Wenn über eine Million unserer Mitmenschen in einem Jahre allein in Preußen die Verpflegungstationen frequenziren so ist das ein Zeichen rapiden wirtschaftlichen Verfalls. Und nun noch die Kolonisten! So sehr wir die Errichtung der Kolonien einerseits begrüßen, weil sie den durch die moderne Produktionsweise existenzlos gewordenen ein vorläufiges Asyl bieten und sie so vor dem Korrektionshaus schützen, so müssen wir doch andererseits auf die schweren Folgen hinwirken, welche aus der weiteren Ausdehnung dieser Kolonien resultiren. Die Kolonisten arbeiten zu einem Preise, der wenig höher sein dürfte wie jener, welchen die Strafgefangenen erhalten und somit kann es nicht ausbleiben, daß sie den „freien“ Arbeitern eine ungelobte Konkurrenz bereiten, durch welche schließlich auch diese „Bagabunden“ werden. Ja, so fragen wir noch einmal — wie soll das enden? „Die

Schuld an dem immer noch starken Fortwuchern der Wanderheerde liegt nach Ansicht des Assessor Coert vor Allem an jenen Theile der Bevölkerung, welcher jenem Unwesen die Verabreichung von Beihilfen immer neue Nahrung zuführt.“ — Der Herr Coert hätte doch aus seiner eigenen Statistik zu einer anderen Ansicht kommen müssen, denn doch zu einer solchen Schlussfolgerung gelangen kann ganz unerklärlich. Die Schuld an diesem traurigen Zustande trägt einzig und allein unsere ungerechte Produktionsweise und Wandel kann nur geschaffen werden durch tiefgreifende Sozialreformen, A-reformen, nach welchen der Ruf des schon seit Jahren erschallt.

Die Gerichtsverhandlung gegen den Kriminal-Assessor Meyer zu Frankfurt a. M. (Kirchhofstraße) findet am 15. März im Weinwandhause statt. Geladen sind 76 Zeugen. Meyer ist angeklagt auf Grund des § 340 Strafgesetzbuchs wegen Körperverletzung im Amte. Meyer haben sich noch drei Schutzeute desselben Bergens zu verantworten.

Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzbereichen. In der letzten Sitzung der Reichstagskommission zur Erörterung des Besetzungswunsches, betreffend die Rechtsprechung in den Schutzbereichen, hat der Kommissar des Bundesraths, Herr v. Schlabach, über die Rechtsverhältnisse der bei den deutschen Schutzbereichen betheiligten drei Gesellschaften gesprochen. Es ist danach die deutsche Kolonialgesellschaft für Südwest-Afrika Rechte einer juristischen Person in Preußen, hat aber keinen Schutzbrief erhalten. Dagegen sind der Deutschen Ostafrikanischen Gesellschaft und der Neu-Guinea-Kolonialgesellschaft Schutzbrieve erteilt worden, der letzteren unter der Bedingung, daß sie eine deutsche Gesellschaft bleibe, der anderen unter der Bedingung, ihre rechtlichen Verhältnisse nach Maßgabe der deutschen Gesetze bis spätestens ein Jahr vom Tage der Erteilung des Schutzbrieves an zu ordnen. Interessant ist, welcher Weise die Rechtsverhältnisse dieser Gesellschaften in Zukunft geregelt werden sollen. Das Reichsstatistengesetz ist denselben nicht anwendbar; es können ihnen nur auf Grund des Allgemeinen Landrechts für Preußen Korporationsrechte erteilt werden. Gleichwohl soll die Aufsicht über die Korporationsangelegenheiten ausgeübt werden, insofern die Korporationsrechte des Staates unterliegen, von der jedoch abgesehen werden kann. Aus diesem letzteren Grunde ist es der Reichsregierung um so zulässiger, daß die in den Landesbehörden zustehende Aufsicht von der Reichsregierung deren Schutz und Ueberwachung die Gesellschaften in dieser Natur genießen sei, ausgeübt werde. Hierzu kommt, daß der König von Preußen gesetzlich in der Bestimmung eines schiedsgerichtlichen Organes, welches die Streitigkeiten zwischen den Gesellschaften und Privatpersonen und demnach auch die Streitigkeiten mit der Aufsicht betrauen. Sobald die Aufsicht des Reichs für die Neu-Guinea-Gesellschaft, die um die der juristischen Person nachgesucht hat, erfolgt sein wird, auch etwaige zukünftige Kolonialgesellschaften, deren Korporationsrechte erteilt werden, unter die Aufsicht des Reichs gestellt werden.

In der vorletzten Sitzung des Bundesraths wurde auch der Besetzungswunsch, betreffend den Verkehr mit und zinkhaltigen Gegenständen, welchen die Ausschüsse an Stelle eines ihnen zur Vorberathung übermittelten Entwurfes einer kaiserlichen Verordnung zu setzen in Betracht gebracht haben und dessen Inhalt vor Kurzem von uns mitgeteilt worden ist, zur Beratung gestellt. Wie man nach dem Bericht sieht, wurden die einzelnen Paragraphen mit Ausnahme von zwei genehmigt. Zu § 2 beantragte dagegen die dritte Abtheilung des Bundesraths folgende Fassung: „Herstellung von Spielwaren darf bleihaltiger Kautschukbau nicht, zinkhaltiger Kautschuk nur derart verwendet werden, daß sie, eine halbe Stunde in einem in 100 Gewichtstheile 4 Gewichtsprocent Schwefelsäure enthaltenden Flüssigkeit, die letzteren Zinkoxyd nicht abgeben.“ Und zu § 5 beantragte die dritte Abtheilung folgende Fassung zu geben: „Wird die Herstellung von Spielwaren, welche zur Herstellung von Nahrungsmitteln bestimmt sind, durch die Verwendung von zinkhaltigen Stoffen ausbleicht oder derartig ausbleicht, daß die Stoffe oder solche Vorrichtungen (Hand- und Maschinen und dergl.), bei welchen eine Verührung der arbeitenden Stoffe mit Blei oder zinkhaltigen Metallen möglich ist, zur Herstellung von Nahrungsmitteln oder Genussmitteln verwendet.“ In Folge dieser Anträge wurden die betreffenden Paragraphen an die Ausschüsse zurückverwiesen.

Zu Zwecken der Branntweinmonopol-Vorlage gegenwärtig durch die Steuerorgane Ermittlungen angestellt, wie weit die einzelnen Branntwein-Brennerien von der Eisenbahnstation und von dem Sitz des Bezirks-Oberamtes entfernt sind. Diese Ermittlungen dienen zur Berechnung der Kosten, welche die Lieferung des Branntweins zum Verbrauch zu den staatlichen Magazinen verursachen. Gleichzeitig soll angegeben werden, in welcher Art die Verbindung mit der nächsten Eisenbahnstation stattfindet, Wasser, ob auf Chausseen (Staats- oder Bezirksstraßen).

Der Kommissar biß sich auf die Lippen. Der Gang des Verfahrens schien gar nicht nach seinem Wunsche.

„Das war zwei Jahre nach dem Tode Ihres Vaters,“ entgegnete er. „Unterhielten Sie dann noch Beziehungen zu dem Kommerzienrath?“

„Nein,“ sprach sie, dieselben waren mit dem Tode meines Vaters gelöst. Doch schrieb er damals in dieser Angelegenheit an mich als an eine ehemalige Freundin und seine ergreifende Schilderung von der Verlassenheit der Waise bestimmte mich, ihm den Vorschlag zu machen, den er mit Freuden annahm.“

„Das heißt, Sie erboten sich —“

„Nicht des Kindes in der Weise annehmen zu wollen, wie ich es gethan. Um aber Niemanden Veranlassung zu ullaßlicher Nachrede zu geben, bedingte ich, daß das Kind während der genannten Zeit ganz mir überlassen werde, daß der Kommerzienrath niemals zu mir komme, wie ich es mir verfaßt, in sein Haus zu gehen. Wir haben Beide Wort gehalten.“

„Wie — der Kommerzienrath hätte durch ganze zehn Jahre nicht nach seinem Kinde verlangt?“

„O doch! Wenn er es sehen wollte, schrieb er, und dann sandte ich es ihm mit meinem Diener Jonas bis nach Neu-Strelitz entgegen, wo die Zusammenkunft stattfand. Er hat allerdings nicht oft nach dem Kinde verlangt, denn er wußte es in guten Händen.“

„Er schrieb, saßen Sie, er schrieb öfter, und doch fand ich unter Ihrer Privat-Korrespondenz nicht eine einzige Zeile von seiner Hand.“

„Nein — denn ich habe die Briefe vernichtet.“

„Vernichtet? Ah — warum?“

„Weil — es mir so beliebt. Ich kann doch wohl mit meinem Eigenthum machen, was ich will!“

Das erste Antlitz des Kommissars legte sich in freundlichere Falten. Es schien, als wenn er endlich den lange gesuchten Faden gefunden hätte. Auch in Möllers Antlitz leuchtete es auf.

„Gewiß konnten Sie über Ihr Eigenthum frei disponiren,“ bestätigte Jener eifrig. „Aber schade, schade! Eine Vorlage dieser diversen Schreiben, oder doch des ersten

Briefes, wäre gerade jetzt sehr erwünscht gewesen. Wann vernichteten Sie dieselben denn — gleich nach dem Empfang, oder erst jetzt, nach Fräulein Eschenbachs Rückkehr zu Ihnen?“

„Ich warf die ersten Briefe einmal aus Versehen mit anderen werthlosen in's Feuer. Die späteren hatten keinen Werth weiter und gingen denselben Weg.“ — Sie lächelte spöttlich.

Der Kommissar schien enttäuscht. Er nagte während an seiner Unterlippe.

„Und was geschah mit Fräulein Eschenbach nach ihrem vierzehnten Jahr?“ forschte er weiter.

„Sie ging auf zwei Jahre zur Vollendung ihrer Ausbildung in ein französisches Stift und ist seitdem zu Hause gewesen.“

„Also wieder seit zwei Jahren. Hat sie Sie in dieser Zeit besucht?“

„Mehrere Male, aber immer nur auf kurze Zeit.“

„Und schrieb niemals an Sie?“

„Nein. Sie sagte: ich schreibe nicht, ich komme lieber.“

„Und als sie jetzt kam, hatte sie oder ihr Vater zuvor auch nicht geschrieben?“

„Nein.“

„Wann kam sie?“

„Heute früh.“

„Und was sagte sie?“

„Nichts anderes als was sie sonst sagte, daß sie solche Sehnsucht gehabt und ihrer guten Mama wieder einmal ihr ganzes Herz ausschütten müsse.“

„Und das that sie denn auch?“

„Mit der ganzen Offenheit einer reinen Mädchenseele.“

Der Kommissar nickte Möller zu, als wenn er sagen wollte: „Sie versteht zu antworten!“ und Möller nickte wie ein angelegener Bagode mehrmals.

„Herz ausschütten!“ wiederholte Komberg gedankenvoll. „Um das zu können mußte sie doch etwas auf dem Herzen haben, das sie bedrückte. Was kann das wohl gewesen sein?“

„Natürlich ein Herzensgeheimniß,“ entgegnete die

Baronin lächelnd. Erna liebt einen jungen Mann Namens Winter, und wird von diesem wieder geliebt. Sein Vater hat davon gehört und den Sohn auf eine Weltreise, angeblich um direkte Handelsverbindungen anzuknüpfen — denn die Winter'sche Export-Firma — in Wahrheit aber wohl nur um Bernhard, für den er schon eine andere Wahl getroffen, durch die neuen Eindrücke und die Länge der Abwesenheit Erna zu entfremden. Das gute Kind fürchtet nun, ihm das trotz Bernhards Gegenversicherungen doch nicht gelingen wird, um so mehr, als ihr heimlich Verlobter jetzt längere Zeit nicht geschrieben hat. Ihr Vater davon nichts, nur ich, die Vertraute ihrer kleinen Geheimnisse. Unschuldig — wie?“

Ein überlegenes Lächeln umspielte wieder ihre Lippen, während verhaltene Wuth das Antlitz des Kommissars überfarbte.

„Genug, Madame,“ sagte er mit einer gebieterischen Handbewegung. „Heute lassen Sie, morgen kommt die Reihe an uns, und wer zuletzt lacht, lacht am besten heißt es nicht so?“

„Ich lache nicht,“ entgegnete die Baronin sich erhebend, „aber ich hege auch keine Furcht mehr. Ihre Fragen haben es mir erst wieder recht zu Gemüthe geführt, was ich mir gerne und was sie ihrem innersten Sein und Wesen nach ist — ein Engel an Unschuld, ein Weib mit dem Herzen eines Kindes! Ich weiß, daß hier ein Verbrechen vorliegen wird, der sich sehr rasch aufklären wird. Ich werde Sie Ihr Geheimniß immerhin, es spreche sich selbst, es mir erklären. Das wird ja wohl bald sein.“

„Wir werden uns dann eines Lächelns über diese verwerthlose Irrung der Justiz nicht erwehren können.“

„Sagen Sie dessen nicht so fest versichert.“ Sprach er, während der Kommissar. „Das Blatt kann sich auch wenden und das zu Tage bringen, was Sie uns so geschickt verbergen. Bis jetzt haben wir noch nicht den Beweis eines Verwehrens, ich gestehe es zu, weil alle Beweise rechtzeitig vernichtet oder sonst beseitigt worden sind. Aber es hat dunklere Verbrechen gegeben, und das

ausführten
Diese Ang
einigen
und die S
Betriebsar
Ermittelu
ber bei d
werden so
Ueber
führung d
wird, ver
das Gebie
Blas-Ver
Maitlinie
Santen lo
die Vorlag
entscheid
Nahrung a
Zan-cho
der Pro
behalt
Kodens
welche ge
men und
brenner er
führen. Ge
waren, ge
das Franz
soll, so lö
zu haben
beschloßen
Beendgung
bekannt w
Beis
weilunge
sch die ge
recht ein
zur Stra
Frankfurt
zu Gunste
wären soll
man u. s.
Es r
kann Die
zu softe
man alle
Stieranten
und Sch
die Auswe
aufzuhalten
aufzutreten
sch bei d
stimmlich
müssen sich
Die
bermect ein
geben, n
hall, der
aber daran
eigenen, d
Begriffen
über nicht
land bei a
nationaler
Wesen“
Ueb
„Danige
mohabste,
Student i
betreibt u
harm in D
politisch
Deutsch n
Reich und
ein kleines
lege liefert
gelegentl
theiligt, je
verwendet.“
Gewerb be
seiner Sch
Staatsverh
Geist v.
gewöhnlich
einzelne
einen Auf
wora kann
Wahlsieger
Wahlsieger
sein ganzes
wagt bis
Erna sch
unserer
eine Alex
den ich be
wie Sie
Gand. S
Der Kam
abzusehen,
„Hier
juwenschli
Namen ne
wollen. I
eminente
zu Ernas
welche Si
Blanche h
leitende G
Verfügung
Oten
bedeutend
son zahlr
politine S
Leistungen
während ne
wird, und
Griff geba
vorläufiger
einer Man
Die
hauslich
in Deutsch
geben. Si
bedeutend
sollte sie
zu Grö
der Verei
Kaufkraft
um so gene

in der ...
neue ...
Kriminal ...
des § 340 ...
gehens ...
Schugge ...
rechtlich ...
deutsches ...
Deutsch ...
linea Rom ...
den Bed ...
unter ...
Tage der ...
erfahant ...
Besell ...
tengels ...
auf ...
poration ...
über die ...
in der ...
jedoch ...
Brunde ...
ich die ...
ichs die ...
a 1 ...
omme ...
ung ein ...
let; ...
den de ...
icht de ...
um die ...
ein w ...
denen ...
Reich ...
esrathe ...
or mit ...
scheiden ...
über ...
gen in ...
von un ...
man ...
mit ...
gegen ...
fassen ...
Kautsch ...
verwend ...
Gewicht ...
legend ...
Mische ...
Rohrbr ...
flüche ...
ig aus ...
ung der ...
Retall ...
Genuss ...
die be ...
verle ...
Vorlage ...
gen an ...
von der ...
Ober ...
Bred ...
zur ...
achen ...
Art ...
ttfind ...
tragen ...
gen ...
wieder ...
in au ...
in bir ...
die W ...
wohl ...
Dahl ...
er Al ...
tet nu ...
en hoch ...
ich ...
er Vater ...
in ein ...
er ihre ...
miff ...
er geb ...
n kom ...
am best ...
sich ...
Frage ...
in und ...
sich ...
ein ...
in w ...
schred ...
sien, ...
bald ...
dies ...
nen ...
sprac ...
auch ...
gesch ...
den ...
Bewe ...
word ...
und ...

ausführen oder auf nicht Hausförmigen Landwegen u. s. w. Diese Angaben werden durch Karten illustriert, auf welchen die einzelnen Brennereien, die Lage der Bezirks-Obermonteure und die Straßen, welche die Eisenbahnen mit den vorgedachten Betriebsanstalten verbinden, sowie die in Betracht kommenden Eisenbahnstationen selbst eingezeichnet sind. Es werden diese Ermittlungen mit außerordentlicher Eile betrieben, da sie offenbar bei der Vertretung der Vorlage im Reichstage benutzt werden sollen.

Ueber die Form, in welcher der Gesegentwurf, betr. Einführung des Branntweinmonopols an den Reichstag gelangen wird, verläutet jetzt zweifelhaft, daß derselbe sich zunächst auf das Gebiet der norddeutschen Branntweinsteuer-Gemeinschaft, d. h. die Provinzen Preußen, Sachsen, Anhalt, Thüringen, Elsaß-Lothringen eingeschlossen, erstrecken, vorläufig also die Mainlinie respektieren wird. Ueber den Beitritt der süddeutschen Staaten sollen in der Folge erst, vorausgesetzt, daß der Reichstag die Vorlage überhaupt annimmt, die süddeutschen Landtage entscheiden. Voraussichtlich werden die Regierungen die Erläuterung abgeben, daß sie vorbehaltlich die Zustimmung ihrer Landesvertretungen bereit sind, auf ihre Reservatrechte bezüglich der Branntweinbesteuerung zu verzichten. Unter diesem Vorbehalt haben die Vertreter Bayerns, Württembergs und Baden's an den Verhandlungen in den Bundesratsauschüssen, welche gestern die zweite Lesung begonnen haben, theilgenommen und sich bemüht, die den Interessen ihrer Branntweinbrenner entsprechenden Abänderungen des Entwurfs herbeizuführen. Da diese Regierungen somit in der glücklichen Lage waren, gewissermaßen die Bedingungen zu diktiert, unter denen das Branntweinmonopol in ihren Gebieten eingeführt werden soll, so können die Erfolge, welche sie in dieser Richtung erzielt zu haben scheinen, nicht überraschen. Ueber die im Einzelnen beschlossenen Abänderungen der Vorlage wird wohl erst nach Beendigung der zweiten Lesung in den Ausschüssen Näheres bekannt werden.

Welche feindselige Stimmung die preussischen Ausweisungen unter den russischen Polen erzeugt haben, und wie sehr die geschäftlichen Beziehungen darunter leiden, beweist so recht ein Privatbrief aus Warschau, welcher der „Frankf. Bzt.“ zur Einsichtnahme vorlag. Eine angesehenere Persönlichkeit in Frankfurt hatte sich an einen Freund in Warschau gewendet in Gunsten eines deutschen Künstlers, der dort eine Stellung finden sollte. In dem sehr verbindlichen Antwortschreiben wird nun u. A. gesagt: „Es wird mir sehr leid thun, dem Herrn B. keine wesentlichen Dienste leisten zu können. Es herrscht momentan eine so schmerzliche Abneigung gegen alles Preussische in Polen, daß man allen deutschen Erziehern und jedem deutschen Lehramt kündigt. Man überdietet sich in Schimpfwörtern und Schmähreden. Die Ursache dieser Stimmung ist natürlich die Ausweisungfrage. Wenn Sie sich dem jungen Manne verpfänden wollen, so rathen Sie ihm, hier um einen Preis aufzutreten. Wäre er der erste Künstler der Welt, man würde sich bei der gegenwärtigen Stimmung die Gelegenheit, ihn öffentlich zu beleidigen, kaum entgehen lassen. Die Gemüther müssen sich erst beruhigen u. s. w.“

Die „Frankf. Bzt.“ bemerkt dazu: „Der Künstler, nebenbei bemerkt ein „nationaler“ Künstler, hat es nun natürlich aufgegeben, nach Warschau zu gehen. Es ist dies nur ein einziger Fall, der zufällig zu unserer Kenntniß kommt; wer zweifelt aber daran, daß hundert ähnliche sich jetzt im Geschäftsverkehr ereignen, die nicht in die Öffentlichkeit dringen. Die nationale Begeisterung über die Russenausweisungen kann sich doch darüber nicht läuschen, daß eine Summe von Dutzend gegen Deutschland bei allen Polen hervorgerufen wird, und es gehört viel nationaler Uebermuth dazu, sich darüber ohne Weiteres hinwegzusetzen.“

Ueber einen traurigen Ausweisungsfall wird der „Danziger Bzt.“ aus Oliva berichtet: Der dort seit 8 Jahren wohnhafte, seit 10 Jahren in Preußen ansässige Schneider Student ist seit 8 Jahren mit einer deutschen Frau verheiratet und Vater von drei Kindern. Er ist, wie uns Nachbarn in Oliva, die ihn lange kennen, versichern, ebenfalls der russischen Sprache gar nicht mächtig, spricht vielmehr außer Deutsch nur etwas Russisch. Student hatte durch elterlichen Reichthum und Pächteramt sich so weit emporgearbeitet, daß er ein kleines Stofflager halten und seinen Kunden fertige Anzüge liefern konnte. An politischen oder anderen öffentlichen Angelegenheiten hat er sich, so weit bekannt geworden, nie betheiligt, sondern hat lediglich auf seine Familie und seinen Gewerbe beschränkt. Um die Mitte vorigen Jahres soll Student ferner Schritte gehen haben, um sich in den preussischen Staatsverband aufnehmen zu lassen, jedoch vergeblich. Im Herbst v. J. erhielt er die Ordre, binnen vier Wochen den preussischen Staat zu verlassen. Auf seine Bitten, die von den Behörden warm befürwortet sein sollen, erlangte er zwar einen Aufschub — die unmittelbare Folge der Ausweisungsbefehle konnte dadurch aber nicht mehr abgewendet werden. Die Wälschiger des Stofflagers waren nämlich auf Grund der Ausweisungsbefehle gerichtlich gegen ihn eingeschritten, hatten sein ganzes Hab und Gut pfänden lassen und somit war seine sonst bisherige Existenz mit einem Schlage vernichtet. Bei

Ernschenbach hier entdeckt haben, ist schon ein Triumph unserer Spürkraft, der Größeres erhoffen läßt. Sie sind eine ältere Frau und haben einen männlich starken Geist, den ich bewundere. Das Weib mit dem Herzen eines Kindes, wie Sie Ihre Pflagetochter nennen, ist Wachs in unserer Hand. Seien Sie Ihres Sieges also noch nicht so gewiß. Der Kampf hat eben erst begonnen und es ist noch nicht abzusehen, wann und wie er enden wird.“

„Hiernach wohl unerwartet rasch!“ sagte die Baronin zuversichtlich. „Von einem Verbrechen reden und Erns Namen nennen, heißt Tag und Nacht zusammenbringen wollen. Das wird auch Ihnen nicht gelingen trotz Ihres eminenten Spürsinns. Ich werde übrigens morgen selbst zu Erns Vater eilen und von ihm die Erklärung fordern, welche Sie mir so beharrlich verweigern. Wenn Sie noch Wünsche haben — dort ist der nach dem Dienerzimmer leitende Glockenzug. Es stehen mehrere Zimmer zu Ihrer Verfügung.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.
Ostend-Theater. Die heutige Vorstellung verpricht einen bedeutenden Kassenerfolg, wenigstens waren bis Donnerstag schon zahlreiche Billetpostellungen eingelaufen. Fräulein Leopoldine Stollberg ist hier im Osten durch ihre brillanten Leistungen so schnell beliebt geworden, daß wir ihrem jedesmaligen neuen Auftreten mit der größten Spannung entgegensehen, und hat der Benefiziant, Herr Grimm, seinen schlechten Geist gethan, wenn er aus dem reichhaltigen Repertoire der vorzüglichsten Künstlerin gerade die „Medea“ wählte, welche eine ihrer Glanzrollen sein soll.
Die russische Tragödin Elisabeth Gorewna hat sich, hauptsächlich durch Ludwig Varna zu dem Verweilen in Deutschland und zwar zunächst in Berlin Gastspiele zu geben. Sie wird in denselben russisch sprechen. Als besonders bedeutend nennt man ihre Rolle „Maria Stuart“. In Berlin spielt sie zunächst in der „Camille-Comedie“.
Größe der Ozeanwellen. Das hydrographische Bureau der Vereinigten Staaten von Nordamerika veröffentlicht das Resultat zahlreicher Versuche, welche vorgenommen wurden, um so genau als möglich die Länge, Höhe und Dauer der

der Unsicherheit seiner gegenwärtigen Lage konnte er Aufträge für sein Gewerbe nicht mehr erlangen und gegenwärtig ist die sehr bedauerndwerthe Familie auf Unterstützungen angewiesen.

München, Mittwoch, 10. Februar. Die Kammer der Abgeordneten berief in der heutigen Sitzung den Ausschussantrag, die verschiedenen Petitionen gegen das Branntweinmonopol der Regierung zur Würdigung und thunlichsten Berücksichtigung zu überweisen. Abgeordneter Schaub beantragt, von dem Ausschussantrag die Worte „zur thunlichsten Berücksichtigung“ zu streichen. Der Finanzminister v. Riedel erörtert die Lage der Sache und empfiehlt Vertagung, bis ein Beschluß des Bundesraths vorliegt. Die bayerische Regierung könne zwar in dieser Angelegenheit im Bundesrath nicht mitstimmen, habe aber an den Ausschussberatungen des Bundesraths Theil genommen. Bayern würde etwa zwanzig bis dreißig Millionen aus dem Ertrage erhalten. Die Fabriksteuer sei in Bayern nicht einföhrbar. Es sei sehr unrichtig, zu behaupten, daß die mittleren und kleinen Bauern durch das Monopol geschädigt werden würden. Im Gegentheil wolle der Bundesrath einstimmig Süddeutschland einen höheren Preis gewähren. Spiritus für Gewerbezwecke werde nicht zum Monopolpreise verkauft, und würden überhaupt die Wünsche der Industrie berücksichtigt werden. Der Kalkaufschlag werde Bayern wider seinen Willen nicht genommen werden. Bezüglich dieses Punktes wäre die Diskussion ebenfalls verkräft. Der Finanzminister schloß mit der Mahnung, über eine so hochwichtige Sache nicht allkurasch einen Entschluß zu fassen. Die Diskussion wurde vertagt.

Oesterreich Ungarn.

Das Ackerbauministerium hat eine Preisausreibung für die Erfindung eines die Schieferarbeit in Schlagwetter führenden Gruben erlegenden oder dieselbe ungefährlich machenden Mittels erlassen, welche die „W. Bzt.“ in folgendem Wortlaut mittheilt: Die Gefahren, welche die Schieferarbeit in Schlagwetter oder Kohlenstaub führenden Gruben mit sich bringt, haben die Bergwerksbesitzer des Ost- und Karwiner Bergreviers bestimmt, einen Preis von tausend Dufaten aus die Erfindung eines Mittels festzusetzen, durch welches die Schieferarbeit in Schlagwetter oder Kohlenstaub führenden Gruben ungefährlich gemacht, oder durch welches die Schieferarbeit in ungefährlicher Weise erfolgt würde. Das vorzuschlagende Mittel hat folgenden Bedingungen zu entsprechen: 1. daß dessen Anwendung, Wirkung, oder Explosionskraft keine Zündung der schlagenden Wetter oder des Kohlenstaubes verursachen; 2. daß dasselbe keine den Arbeiter in höherem Maße, als es nach den bis jetzt üblichen Methoden der Fall ist, schädigenden Gase nach der Explosionskraft oder Anwendung hinterlassen; 3. daß es bei der Benutzung, Anbringung, Ladung, Versegelung, Zündung u. s. w. keine besonderen schwierigen, gefährlichen oder zeitraubenden Vorrichtungen oder komplizirte Apparate bedürftig; 4. daß es in der Anwendung und im Erfolge nicht wesentlich theurer als die bisherigen Sprengmethoden zu stehen kommen. Die diesfälligen gehörig instruirten und namentlich mit der Nachweisung der bereits durchgeführten praktischen Versuche versehenen, mit dem Namen, Charakter, Wohnort des Projektanten bezeichneten Projekte sind bis Ende des Jahres 1886 bei der k. k. Bergbauhauptmannschaft in Wien einzubringen. Die Projekte, auch das preisgekrönte, bleiben Eigentum des Projektanten.

Wien, 9. Februar. Der „Pester Lloyd“ meldet: „Eine der einschneidendsten Veränderungen des neuen Ausgleiches wird die Einführung einer Produkt- oder Fabriksteuer für die Zuckerfabrikation bilden. Nach derselben wird der Zucker beim Transporte aus der Fabrik einer Befreiung unterzogen, und zu diesem Behufe wird jedes Etablissement der ständischen Steuerämter Kontrolle unterworfen werden. Die Magazine der Fabriken werden unter behördlichem Verlusse stehen und die Ueberwachung soll in ähnlicher Weise wie in Frankreich ausgeübt werden. Für den über die Grenze zur Ausfuhr gelangenden Zucker wird eine Exportprämie von 1 Fl. 50 Kr. für den Meter-Zentner vergütet werden.“

Rußland.

Der Berliner Korrespondent des „Ruß“ behauptet mit großer Bestimmtheit, die preussischen Ausweisungen seien ursprünglich gegen die Slaven überhaupt gerichtet gewesen. Erst nachdem Rußland in einer Note darauf hinwies, daß es mit der Ausweisung der deutschen Reichsangehörigen antworten könne und gleichzeitig den Abschluß einer Konvention zum Schutze der in Preußen lebenden russischen Unterthanen verlangte, habe die preussische Regierung die Ausweisungen nur auf die Polen beschränkt. — Wie die „Kowoje Wremja“ meldet, erliegen die Gouverneure von Woland und Kurland an die ihnen untergebenen Behörden Befehle, denen zufolge alle amtlichen Dokumente nur in russischer Sprache, ohne Verfügung deutscher Uebersetzungen, abgefacht sein müssen. Dergleichen müßten sämtliche deutsche Vereine bei sonstiger Auflösung sich ausschließlich der russischen als Amtssprache bedienen. Einer weiteren Verordnung zufolge wurden sämtliche

Ozeanwellen zu bestimmen. Die längste bis jetzt beobachtete Ozeanwelle hatte eine Länge von einer halben Meile und dauerte zum Passiren eines festen Punktes 25 Sekunden. Während der heftigen Stürme im nordatlantischen Ocean erreichen die Wellen mitunter eine Länge von 160—200 m und eine Dauer von 10—11 Sek. Die genauesten Messungen ergaben 13.41—14.83 m als Maximum der Höhe. Die mittlere Höhe der großen Ozeanwellen beträgt 9.14 m. Es beziehen sich diese Angaben nur auf solche Wellen, die durch gewöhnliche Stürme erzeugt, und nicht auf jene ungeheuren Umdulationen des Meerespiegels, die durch Erd- oder Seebeben und dergl. verursacht werden.

Eine schreckliche Katastrophe. Der „Dobly Westnik“ berichtet über eine schreckliche Katastrophe, welche sich am 28. v. M. im Hafen von Zaganoga ereignete. Am genannten Tage um 9 Uhr früh, als sich auf dem Eise des eingefrorenen Hafens mehrere tausend Fischer mit ihren Schlitzen und Beizen befanden, sprang plötzlich in Folge des eingetretenen Thauwetters das Eis, und die Fischer sammt den Fährwerken wurden vom Ufer abgerissen. Auf dem Eise entstand eine furchtbare Verwirrung. Alles trachtete das Ufer zu erreichen, aber vergebens, denn das Eis theilte sich in größere und kleinere Eisschollen, welche ein Nordwestwind sammt den darauf b-findlichen Menschen gegen die offene See trieb. Man bemerkte auch einzelne Verunglückte, welche sich dadurch zu retten trachteten, daß sie von einer Eisscholle auf die andere sprangen. Leider trieb der Wind die Schollen auseinander und die Unglücklichen mußten ihre Rettungsoertsuche aufgeben. Den am Ufer Versammelten bot sich ein schreckliches Bild dar. Man sah die verzweifelten Rettungsoertsuche der Fischer, man hörte ihr Jammer und ihre Hilferufe, welche in dem Maße, als die Eisschollen weiter in die offene See hinausdriven, immer schwächer und schwächer wurden. Wie viele sich gerettet haben und wie viele bei dieser Katastrophe umkamen, ist bis jetzt noch nicht festzustellen.

Auf dem Gebiet des Rettungswesens ist eine werthvolle Erfindung zu verzeichnen. In jedem Jahr tödten viele Menschen durch Ertrinken ihr Leben ein. Zwar sind gute und weit und breit anerkannte Rettungsgeschäfte erfunden worden und mit großem Erfolge in Gebrauch gekommen; ihre Beschaffenheit ist indeß derart, daß wir sie nicht in jedem Augenblicke der Gefahr zur Verfügung haben können. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, hat der im Gebiete des Rettungswesens bekannte William Jackson, Director des Rettungsbüreaus des englischen Heeres und der Marine, seit langer Zeit daran gearbeitet, die bisher üblichen Rettungs-

liche Deutlichen, die bei der Polizei Stellen bekleideten, vom Dienste entlassen und die Aufnahme von Deutschen bei der Polizei verboten. — Die drei Dominikanermönche, welche in Lublin am 31. d. M. verhaftet worden sind, wobei die bereits gemeldeten Unruhen vorliefen, sind, der „Vos. B.“ zufolge, von Wirschau sofort nach dem Gouvernement Olonez (im nördlichen Rußland), jedoch ein jeder von ihnen nach einem anderen Orte verbannt worden, der eine auf 8, der andere auf 5, der dritte auf 3 Jahre, und zwar ohne gerichtliches Erkenntniß. — (Sicht russisch!)

Frankeich.

Der Präsident der Deputirtenkammer, Floquet theilte dem Hause folgendes Schreiben des Abgeordneten Henry Rochefort mit:

Herr Präsident! Nach der Art von Absolution, welche das Parlament der Spekulantent gewährt hatte, durch die die Longlinexpedition organisiert worden war, hatte ich gehofft, die Amnestie würde sich auf alle Unglücklichen ausdehnen, die zur Stunde für die Vergehen Anderer in den Kerker und auf den Galeeren der Republik büßen. Ich habe meinen Wählern die Amnestie versprochen. Es ist mir nicht vergönnt, sie ihnen zu geben. Ich stehle leider nicht mehr in einem Alter, da ich vier Jahre meines Lebens in Kämpfen verlieren darf, in denen ich bekländig den Kürzeren ziehen mußte. Ich nehme meine Entlassung als Abgeordneter des Seine-Departements. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner Hochachtung.

Paris, den 6. Februar 1886.

Henry Rochefort, Abgeordneter des Seine-Departements.

Man liest im „Koppel“, dem Organ des Handelsministers Kokroy: „Entgegen der Meinung gewisser Blätter, hat der Minister des Handels und der Industrie noch nicht seinen Entwurf, betr. die Ausstellung von 1889 auf den Tisch des Abgeordnetenhauses gelegt. Das Projekt ist vollständig fertig, Herr Kokroy will aber vor der Einbringung darüber im Klaren sein, ob die fremden Nationen an dieser Ausstellung Theil nehmen werden. Auf sein Ansuchen hat der Minister des Aeußern unseren Vertreter bei den Mächten beauftragt, die Ansicht der Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, einzuholen, und erst nach dem Eintreffen der Antworten wird die Vorlage eingebracht werden.“

Das „Memorial de Loire“ erfährt, die Regierung habe definitiv beschlossen, die Gasgewehre in Repetirgewehre umzuwandeln zu lassen. Die Waffenfabrik in St. Etienne habe Befehl erhalten, sich für die Vornahme der Umwandlung einzurichten. Der Preis für die Umwandlung stelle sich auf 25 Franks pro Gewehr. — Der Marineminister hat den Bau von 21 Torpedobooten erster Klasse angeordnet.

„National“ und „Liberte“ behaupten, daß die Regierung in der Angelegenheit betreffend die Ausweisung der Bringen, wenn es nöthig werden sollte, die Kabinettsfrage stellen werde.

In St. Quentin haben fast sämtliche Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Ausweis über den Handelsverkehr zwischen Frankreich und dem Ausland ist vor kurzem erschienen und gewährt mit seinen nüchternen Bism einen deutlichen Einblick in die Trostlosigkeit der wirtschaftlichen Weltlage. Ueberall Stagnation, verminderte Kaufkraft, Noth und Verpauperung der Masse, das ist die Signatur unserer Zeit. Die wesentlichen Ergebnisse der Handelsbewegung sind folgende:

Einfuhr (in Millionen Franks)	1885	gegen 1884
Konsum-Artikel	1380	weniger 31
Rohstoffe zur industriellen Verarbeitung	2055	50
Fabrikate	589	43
Ausfuhr:		
Konsum-Artikel	713	49
Rohstoffe zur industriellen Verarbeitung	663	6
Fabrikate	1630	8

Es ergibt der Gesamthandel eine Abnahme von 175 Millionen Franks, wovon 128 Millionen auf die Einfuhr und 47 Millionen auf die Ausfuhr entfallen. Schöne Aussichten!

Dänemark.

Das von König von Dänemark erlassene provisorische Finanzgesetz ermächtigt die Regierung, für den noch übrigen Theil des gegenwärtigen Finanzjahres die bestehenden Steuern und Abgaben weiter zu erheben und alle notwendigen Ausgaben aus der Staatskasse zu bestreiten. — Durch einen ferneren Erlass wird das Ministerium ermächtigt, zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit die von der Regierung beantragten Arbeiten soweit möglich von dänischen Arbeitern ins Werk setzen zu lassen.

Großbritannien.

Nach gestern Abend schlossen — wie aus London telegraphisch gemeldet wird — die dortigen Juweliere und Goldschmiede in einigen Stadttheilen ihre Läden mit Andruck der Dunkelheit, da man ein Eindringen von Volksmassen aus den südwestlichen Vorstädten sowie aus dem Stadttheil Southwark

apparate durch nicht verfallbare Stoffe zu ersetzen, welche sich zu unseren Alltagsbedürfnissen verarbeiten lassen. Seine Bemühungen sind von großem Erfolge gekrönt worden. Herr Jackson hat ein Tuch hergestellt, dessen Gewebe aus Korkeisen besteht. Da das spezifische Gewicht des Korks ungefähr einem Viertel desjenigen des Wassers entspricht, wird ein Gewicht von 500 bis 600 Gramm Korkeisen ausreichen, um einen Menschen mittlerer Größe im Gleichgewicht und über Wasser zu erhalten. Da ferner das Korkeisen an Stelle des Spinnwebes tritt, ergibt sich, daß diese 500—600 Gramm kein bedeutendes Uebergewicht verursachen. Die dazugehörigen hergestellten Kleider sind gerade so bequem zu tragen und fast ebenso leicht, wie unsere gewöhnlichen Anzüge. Da außerdem der Korkeisen sehr leicht die für den Solnnschutz nöthige Färbung annimmt, mit dem er zu einem Gewebe verarbeitet ist, unterscheidet sich das Aussehen des neuen Erzeugnisses durchaus nicht von dem für die Herstellung unserer Kleider bisher gebrauchten Stoffen. Letztere vermögen nicht einmal während einer Minute ihren Träger über Wasser zu erhalten, sondern tragen vielmehr noch dazu bei, ihn schneller in die Tiefe zu ziehen. Die Korkeisen hingegen, welche auf der Industrie-Ausstellung preisgekrönt worden sind, besitzen die werthvolle Eigenschaft, ihre Träger über dem Wasser zu erhalten, ohne daß diese die geringste Bewegung zu machen nöthig hätten. Zahlreiche und erfolgreiche Versuche sind in verschiedenen Schwimmanstalten von London und Hyde (auf der Insel Wight) angestellt worden, und auch in der Schwimmanstalt von Rochefouart in Paris hat man sich von dem Werthe der obigen Stoffe überzeugt. In Beisein des Vordamars sind dieselben in der offenen Themse und im Meere an den Küsten der Insel Wight erprobt worden. Bei einem der Versuche führten sich 6 Personen — von denen 3 Damen, die nicht schwimmen konnten — gemeinsam in die Fluthen und hielten sich länger als eine Stunde über Wasser. Dieser Probe wohnte eine unglückliche Menschenmenge bei, welche die neuen Streifen und Tritonen mit Hurrarufen überschüttete. Die britische „Seeversicherung“ hat infolge dieser großartigen Ergebnisse veranlaßt, daß jeder Marineoffizier und Matrose von nun an mit Korkeisen ausgerüstet werde. Nachdem sich die einzelnen Nationen durch die „Gesellschaften zur Rettung Schiffbrüchiger“ von der Bedeutung und dem hohen Werthe der neuen Erfindung überzeugt haben werden, wird dieselbe sicherlich in immer weitere Kreise dringen und in ihrer Einsicht dazu beitragen, Tausende von dem Tod durch Ertrinken zu retten.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

44. Sitzung vom 11. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Boetticher, von Burckard, v. Stephan, v. Scholz, v. Bronsart, v. Caprini und Kommissarien.

Eingegangen sind der Gesetzentwurf, betr. die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, und Bestimmungen, betr. die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen in Drahtziehereien.

Die allgemeine Rechnung über den Reichshaushaltsetat für 1882/83 wird auf den Antrag Ritters an die Rechnungs-Kommission verwiesen und darauf die Verhandlung über den Antrag von Quene, betr. die Währungsfrage, fortgesetzt.

Bundesbevollmächtigter, preuß. Finanzminister v. Scholz: Meine Herren, ich habe kürzlich Gelegenheit gehabt, an einem anderen Orte öffentlich auszusprechen, daß und warum ich so sehr ungen in die Debatten über die Währungsfrage einträte. Ich würde deshalb auch nicht Veranlassung genommen haben, heute in eine solche Debatte hier miteinzutreten, wenn ich nicht in den Morgenblättern gesehen hätte, was gestern hier vorgegangen ist. Ich habe die Verhandlung mit der Uebersetzung gelesen, daß der Charakter, den ich ihnen im Allgemeinen neulich im Abgeordnetenhaus beimaß, sich auch hier wieder vollaus bestätigt hat, daß die Gründe, weshalb ich mich nicht gern an diesen Debatten betheilige, sich auch hier lediglich wiederholt haben; aber wenn ich mir denke, was die Folge sein würde, wenn ich mich heute nicht hierher begeben hätte, mit welchem Siegesjubel dann in das Land hinaufgerufen werden würde, daß diese Ausführungen hier meine Person nicht bloß, sondern auch die Währungsfrage, die ich neulich ausgesprochen habe, vollkommen vernichtet haben, wenn ich den Schaden bedenke, der davon über das Land dann wieder gekommen wäre, da habe ich mich allerdings der Pflicht nicht entziehen können, heute hier zu erscheinen und einige Minuten Ihre Aufmerksamkeit mir zu erheben; aber daß ich dennoch über die vorliegende Resolution nicht zu sprechen brauche, darüber werden wohl auch hier im Hause kaum getheilte Meinungen sein; nachdem was Herr v. Kardorff gestern am Schluß seiner Rede — ich kann mich natürlich überall nur auf das beziehen, was ich in dem allgemeinen jugendlichen Ausdruck bekommen habe — gesagt hat, ist es ihm ja selbst ganz egal, ob die Resolution angenommen wird oder nicht. In dieser Beziehung bin ich mit ihm vollständig einverstanden; eine nichts-sagendere, gleichgültigere, überflüssigere Resolution hat das Haus hier wohl noch nicht beschaffen. (Weiterkeit.) Es ist völlig gleichgültig, ob dieselbe angenommen wird oder nicht. Dazu irgend ein Wort zu sprechen, ist nicht meine Absicht, sondern nur das zu verhindern, daß das Triumphgeschrei in der bimetallicischen Agitation beginnt. Die Freunde, die der preussische Finanzminister im Ganzen einzuernsten hat, sind natürlich (Hört, hört! links), und es gehört nicht viel Zeit dazu, um die Meinung gewinnen zu lassen, es wird der Tag doch noch recht hübscher sein, wo man die Hände von sich ablegen kann. Wenigstens habe ich dieses Gefühl schon sehr oft gehabt, und ich glaube, nur Einer, der den Dingen sehr fern liegt und noch nie etwas dem Finanzministerium ähnliches zu sehen gehabt hat, kann sich darüber täuschen. Nun, meine Herren, wie ist es denn mit dem Vorwurf bestellt, daß ein Theil meiner Ausführungen im Abgeordnetenhaus kein Originalwerk, sondern eine Kopie von Herrn Bamberger sei. Denken Sie sich, daß ich das Mißgeschick habe, seit 8 Jahren neben meinen eigentlichen Amtsgeschäften neben meinen täglichen Verwaltungsgeschäften lesen zu müssen, an Brochüren, an Zeitungsausschnitten, an Reden im Deutschen Reich zur Währungsfrage herbeigeschafft zu werden. Das ist ein hartes Schicksal! (Weiterkeit.) Ich habe, soweit ich es irgend vermochte und es sich um Neues handelte, dies natürlich gethan; selbst solche Zeitungen lasse ich nicht aus den Augen, wie eine hier in Berlin ist, die dabei offenbar nicht das Interesse ihres Abonnentenkreises zu wahren hat, sondern aus anderen Rücksichten täglich ihren Artikel zur Währungsfrage bringt; es ist mein regelmäßiges Schluß-ergänzungsgnügen, wenn ich die übrigen Sachen abgemacht habe, daß ich auch diesen Währungsartikel lese, daß ich dann aus anderen Zeitungen noch den entgegengesetzten Währungsartikel lese und dann befriedigt, in der Regel aber nicht erlaube, zu Bett zu gehen. (Weiterkeit.) Nun, meine Herren, wenn jemand, so wie ich, mitten in diesen Dingen Jahre lang gekandelt hat, es für seine Pflicht gehalten hat, von allen Notiz zu nehmen, was da vorgegangen ist, dann wäre es doch merkwürdig, wenn der nicht in prompta haben sollte die Argumente, die er für richtig hält, wenn er nicht in prompta des Gegners für richtig hält, und wenn er gar noch darüber Auskunft geben könnte, welcher einzelne Mensch vielleicht eines jenes Argument vor ihm auch schon angewendet hat. (Hört wahr! links.) Ich habe nie den Ehrgeiz gehabt, zu behaupten, daß auf Seite der Regierung lediglich Originalgedanken von Scholz etwa existirten. (Weiterkeit.) Ich habe nie behauptet oder gemeint, daß die Thätigkeit der Regierung dahin geben sollte oder damit erschöpfend sein könnte, daß Originalgedanken und Anschauungen eines einzelnen Regierungsmitgliedes maßgebend würden. Ich wundere mich, wie bei solchen Auffassungen, die Herr v. Kardorff doch vertreten hat, wenn er glaubte, daß seine geistigen Nachweise eine Anschuldigung gegen mich wären, die Resolution vorgeschlagen ist; die Regierung möchte die Frage studiren. Was heißt das? Geht das sich hinsetzen und spintistiren und nachdenken, lediglich mit dem Material sich über die Frage zu erleuchten suchen, über die Tausende schon das Beste, was sie zu Tage fördern konnten, beigebracht haben, aber dieses Material sich hochmüthig hinwegsetzen und für sich allein philosophiren? Das heißt doch lesen und sehen, was alle Menschen darüber zu Tage gefördert haben, und findet man darin etwas, was völlig bei der Kritik voran man sich das nicht aneignen sollte von denen, gleichviel, von wem es gerade zuerst ausgesprochen. Die ganze Reihe der Bimetallicisten, auf welches keine Häuflein würde die zusammenkrumpfen, wenn man den Anspruch auf nicht zu sagen. Und das soll ein Vorwurf sein? Nun bitte ich den Herrn Abg. Bamberger um Entschuldigung, wenn ich in der Richtung die Behauptungen des Herrn Abg. v. Kardorff nicht einmal ohne Weiteres konzedire, wenn ich ihm Herrn Bambergers Reden gewesen sind; bei dem ungeheuren großen Material, was ich notwendig in dieser Frage immer zu lesen und zu studiren gehabt habe, ist es mir gewiß zu verzeihen, wenn ich die Ausführungen Derjenigen, die in der

Sache auf ein ähnliches oder dasselbe Resultat wie ich hinauskommen, mit weniger Aufmerksamkeit gelesen, als die Ausführungen der Gegner. Ich habe nicht die Erinnerung, daß ein Theil von dem, was ich im Abgeordnetenhaus gesprochen habe, von Herrn Bamberger genau so oder ähnlich früher schon gesprochen ist. Es mag aber sein. Ich kann nur behaupten, ich bin auch auf ganz selbständigem Wege zu diesen meinen Anschauungen gekommen, in Bezug auf einen Punkt ist es mir sogar zweifellos, und der ist der wichtigste in meinen Ausführungen, er betrifft die Beurtheilung der Möglichkeit des Abschlusses eines internationalen bimetallicischen Vertrags. Nun frage ich Herrn von Kardorff: habe ich wohl das Recht, zu einer eigenen Uebersetzung bei pflichtmäßigem amtlichen Studium einer Sache zu gelangen, oder habe ich dies Recht nicht? Und wenn ich das Recht habe, dann darf ich wohl erwarten, daß ein Abgeordneter, wie Herr v. Kardorff, am allerwenigsten Gelegenheit nimmt, in der Weise, wie es gestern im Reichstag geschehen ist, mich dafür nicht zur Verantwortung zu ziehen — denn das kann er nicht — sondern dafür in der Weise anzugreifen, wie er es gethan hat. Wäre Herr v. Kardorff in der Hitze des Kampfes für die verweirte Aufgabe, die er sich gestellt hat (Weiterkeit links), nicht jedes Maß von Gerechtigkeit und Wohlwollen verloren gegangen, das er auch mir gegenüber die Pflicht hätte, festzuhalten, dann hätte er sich einer Unterredung erinnern müssen, die er mit mir gewünscht hat. Es wird dies wahrscheinlich im Frühjahr 1883 oder 84 gewesen sein, wo auch hier ein bimetallicischer Antrag zur Verhandlung kommen sollte, und wo er mit mir über denselben vorher Fühlung nehmen wollte; da haben wir hier im Ministerzimmer zunächst privatim über die ganze Frage uns unterhalten, und wenn Herr v. Kardorff die Spur von Gedächtniß hat, so wird er mir bestätigen müssen, daß ich ihm damals meine Bedenken genau mit denselben Ausführungen vorgetragen habe, die ich jetzt im Abgeordnetenhaus erwähnt habe. (Hört, hört! links.) Und was war, meine Herren, die Haltung des Herrn v. Kardorff dem gegenüber? Nicht, daß er in der Lage gewesen wäre oder es versucht hätte, meine Bedenken wegen der Möglichkeit eines solchen Vertrags zu widerlegen, nein, er speiste mich damals mit dem Bemerkten ab: ach Gott, das sind ja Alles überflüssige Sorgen für die Zukunft; ein solcher Vertrag kann gar nicht wieder entzweit gehen, dafür habe ich schon, daß England dabei ist. Seit der Zeit hat Herr v. Kardorff diese einzige Bürgschaft, die er mir damals vorgehalten hat, nämlich, daß England dabei wäre, schon von selbst fallen lassen, und die Sache ist, meiner Auffassung nach, heute nur noch viel unangenehmer, für mich viel unbegreiflicher, als sie damals von seinem Standpunkt aus war. Nach alledem, meine Herren, kann ich nur sagen, es thut mir sehr leid, daß bei dieser, wie der Herr Staatssekretär von Burckard mit Recht gesagt hat, zu den schwierigsten und bestrittensten Fragen gehörenden Materie, die wirklich nur nach rein sachlichen, objektiven, in schwerer Prüfung zu gewinnenden Gesichtspunkten entschieden werden muß, wiederum gestern eine Kampfesweise beliebt worden ist, die nicht nur nicht meinem Geschnade entspricht, sondern die meines Erachtens völlig unerhört ist und ausgeschlossen sein sollte. Meiner Person — wenn es auf die überhaupt anläme — das glaube ich dem Herrn von Kardorff versichern zu können, schaden Sie durch diese Kampfesweise nicht, die gelingt es Ihnen nicht zu diskreditiren, aber der Sache, der Sie dienen, schaden Sie, die diskreditiren Sie am allerwirksamsten durch eine derartige Kampfesweise. (Bravo! links.)

Nachdem Abg. Lipke über die Petitionen zur Währungsfrage Bericht erstattet, erhält das Wort

Abg. v. Kardorff: Davon, daß ich den Reichskanzler schriftlich gebeten haben soll, Herrn v. Scholz den Herrn Camphausen und Delbrück nachfolgen zu lassen, ist nur folgendes wahr: Ich habe den Reichskanzler einmal schriftlich um eine Unterredung über die Währungsfrage gebeten; er hat sie mir abgelehnt und mich an Herrn v. Scholz verwiesen; und darauf habe ich mündlich in der Umgebung des Reichskanzlers gesagt, ich könne mit Scholz über die Sache nicht sprechen, da ich ihn als festen Anhänger der Goldwährung kenne. Darauf erwidert sich das, was Herr v. Scholz hier heute vorgebracht hat. (Minister v. Scholz: Nein! Ganz anders!) In der Sache selbst will ich anerkennen, daß ich gestern in der Hitze des Gefechts vielleicht nach Waffen gegriffen habe, wie sie sich mir gerade darboten und daß ich sie vielleicht etwas vorsichtiger hätte wählen können. Aber auch Herr v. Scholz hat uns im Abgeordnetenhaus nicht sanft behandelt. Er hat dort versucht, die bimetallicische Bewegung, die so weite Kreise des Volkes umfaßt, und die Positionen der Bimetallicisten lächerlich zu machen. (Minister von Scholz: Nein!) Allerdings, er machte sie dem Lande gegenüber lächerlich! (Minister von Scholz: Nein, nein!) Wenn er uns ferner vorwarf, wir verlangten vom Minister einen Vertrag, dessen Unterzeichnung Landesverrath wäre, so beschuldigt er uns damit implizit und indirekt des Landesverraths. (Minister von Scholz: Nein!) Dagegen mußte ich mich wehren. Die bimetallicische Bewegung ist nicht willkürlich von uns gemacht, sie geht durch die ganze Welt, alle Parlamente sind mit ihr beschäftigt, selbst das englische, und der Minister hätte sie nicht mit solchen Waffen bekämpfen sollen. Er sagte, daß seine Zeit durch das Lesen der Währungsbrochüren in Anspruch genommen werde; ich bedauere das, finde es aber selbstverständlich, daß sich ein Finanzminister über eine so wichtige weltbewegende Frage informirt. Gerade Frankreich mit seiner Doppelwährung hatte stets den besten Kredit. Wie schnell konnte es nicht seine Kriegskosten bezahlen. Es ist eben ein wohlhabendes altes Kulturland, welches an Gold und Silber eine breite metallische Basis hatte. Auf d'ester breiten metallischen Basis ruht wesentlich der Kredit eines Landes; wo diese Basis durch die Beseitigung des Silbers zu schmal wird, da wird auch der Kredit gefährdet. Vorläufig ist Alles eingetroffen, was seit 1875 die Bimetallicisten prophezeit haben: das Darniederliegen der Industrie, das Zugrundegehen der Landwirtschaft. An Ihnen (links) liegt die Beweislast, daß diese Dinge mit der Währungsfrage nichts zu thun haben. Wenn Sie sagen, die Uebersetzung ist schuld an der Katastrophe, so ist das ebenso, als wenn Antel Brägg sagt, „das mitä“ so ist das ebenso, als wenn Powert herkommt“. Die Uebersetzung selbst ist eben die Katastrophe! Sie fürchten von der Doppelwährung eine Ueberschwemmung des Landes mit Silber. Wenn aber alle Kulturstaaten die Doppelwährung haben, wird das Silber kaum für den Bedarf der Nationen ausreichen. Herr von Scholz hat die Goldwährung eingetretene auf die als Folge der Goldwährung eingetretene höchst bedenkliche Verschiebung aller Vermögensverhältnisse hin. Das Proletariat ist um 13 pCt. gestiegen; die Millionäre haben sich um 54 pCt. vermehrt. Wir hatten das genau so vorausgesehen. Ich gebe meinerseits die Hoffnung nicht auf, vorausgesehen. Ich gebe meinerseits die Hoffnung nicht auf, daß das Vaterland von der Goldwährung noch loskommen wird, denn sie führt zu seinem Ruin. (Beifall rechts und im Centrum.)

Bundesbevollmächtigter preussischer Finanzminister von Scholz: Ich wiederhole, daß ich nicht die Absicht habe, in die sachliche Diskussion weiter einzugreifen, sondern nur einige Bemerkungen zu machen zur Richtstellung gegenüber persönlichen Angriffen. Ich bleibe zunächst bei der Mittheilung, die ich in meiner ersten Ausführung dem hohen Hause zu machen Veranlassung gehabt habe. Herr von Kardorff täuscht sich in seinem Gedächtniß, es handelt sich nicht um einen Brief, den er geschrieben haben mag, seitdem ich Finanzminister bin und auf den der Herr Reichskanzler diese Erwiderung ihm vielleicht gegeben hat, sondern um eine Zeit, wo ich noch Reichsschatzsekretär war, und um einen Brief, der zur geschäftlichen Behandlung damals mir zugehen und das enthielt, was ich erwähnt habe. Ich muß dann aber mich hauptsächlich vertheidigen gegen den in meiner Anwesenheit erneuert gemachten Vorwurf, daß ich im preussischen Abgeordnetenhaus mit Waffen gekämpft hätte, welche die Herren, welche die bimetallicische Richtung vertheidigen, hätten verlegen müssen. Herr v. Kardorff hat gesagt, ich hätte die Petition der ländlichen Bevölkerung lächerlich gemacht. Ich habe das schon vorher durch einen Zwischenruf bestritten. Ich bin mir jederzeit bewußt, was die Aufgabe und Pflicht eines Mitgliedes der Regierung ist, und ich würde mich selbst bestig tadeln müssen, wenn es mir einfiel, die Petitionen eines so wichtigen Elements der Bevölkerung lächerlich zu machen. Es ist mir das keinen Augenblick eingefallen, und ich protestire dagegen, daß sich Jemand herausnimmt, mir derartige Dinge zu imputiren — eine aus den von mir gesprochenen Worten nirgends nachweisbare, höchstens mit Unwahrheit auf vermeintliche Arien zurückzuführende Nachrede. — Es ist mir nicht einen Augenblick lächerlich gewesen, was diese Petitionen betrafen. Was der stenographische Bericht darüber sagt, ist, daß ich mit Behmutz — ist das lächerlich machen? — gegeben habe, daß die ländlichen Kreise in diese Agitation hineingezogen sind. Ich bedauere das tief aufrichtig, mit der ganzen Aufrichtigkeit, deren ich fähig bin, und ich täte gewünscht, es wäre diesen Kreisen das erspart gewesen, weil ich voraussetze, daß sie dadurch große Enttäuschungen erleben werden. Aber ich bin entfernt gewesen, diese Petitionen für lächerlich zu halten oder erklären zu wollen. Wer mir das nachsagt, sagt mir eine Unwahrheit nach. Wir haben in Deutschland 6 oder 8 Münzen, in Frankreich 1, in England 1. Diese können ihre Thätigkeit in ganz verschiedenem Maße beschränken oder ausdehnen; wir können vielleicht zehnmal so viel auf unseren acht Münzstätten prägen wie die eine französische Münze — oder vielleicht nicht so viel, ich weiß es nicht genau —; aber das ist doch ungewiss, daß zu einem solchen Vertrag die Kontingentirung der Arbeitskraft der Münzen gehört. Man müßte wissen, was ist die Verpflichtung zur freien Prägung, welche Quantitäten müssen die einzelnen Landmünzen ausprägen. Denn wenn ich hier ohne eine solche Bestimmung einen solchen Vertrag auszuführen hätte als preussischer Finanzminister, einen so unsicheren Vertrag, so würde ich mich vielleicht ungemein freuen müssen, wenn auf unserer Münze mehrere Köder drüben und wir vielleicht ab und zu auf ein Vierteljahr nicht im Stande wären, Münzen zu prägen. Es muß kontingentirt werden, es muß die Leistungsfähigkeit der einzelnen Münzen der Länder kontrollirt werden, es muß überwacht werden und so weiter — ich will nur andeuten. Das ist eine der kleineren Schwierigkeiten, die alle mit einer solchen leichten Nebenart nicht zu bewältigen sind. Und nun fragt es sich, ob man heutzutage in London oder Paris den deutschen Wechsel im Halben oder 2/3 Prozent niedriger schätzt, weil er in deutschen Thalern zahlbar ist. Nein, meine Herren, weil jeder weiß, daß freiwillig deutsche Wechsel und Banknoten mit Gold bezahlt werden, obwohl das Recht besteht, mit Thalern auch diese Papiere zu zahlen. Das war der einzig mögliche und klare Sinn des Sages, den ich im preussischen Abgeordnetenhaus ausgesprochen habe. Statt dessen glauben die Herren mich zu schlagen, indem sie sagen, daß ich glaubte, überall mit Thalern zahlen zu können; ich solle doch hingehen, wo ich Glücklicher finde, die mit der Zahlung in Thalern zufrieden wären. Mit solchen naiven Einwendungen sollte man doch nicht kommen! Ich nehme gern Antheil an der Erklärung des Herrn von Kardorff, daß ein Theil seiner gestrigen Ausführungen in ihrer Form mir gegenüber ihm selber nachher nicht gerade Freude gemacht habe; ich bin auch keineswegs unersöhnlich und werde mich sehr freuen, Herrn von Kardorff künftig nicht mehr auf diesen Indianerpfad sich begeben zu sehen. (Große Heiterkeit. Sehr gut! links.)

Abg. Dr. Bamberger: Herr v. Kardorff hat uns gestern und heute mitgetheilt, Indien stehe im Begriff, das Silber zu demonetisiren. Mir ist davon nichts bekannt und so rasch wird das nicht gehen, England mit allen seinen gesetzgebenden Faktoren wird auch ein Wort dabei mitzureden haben. Woher die Nachricht kommt, weiß ich nicht; sie kommt auch aus Asien, aber ob aus Indien, aus der Tartarei, das ist mir noch zweifelhaft. (Weiterkeit.) Herr v. Kardorff fragt, wie man behaupten könne, Deutschland gefährde seinen Kredit, wenn es die freie Silberprägung wieder einführt? Ja, das behauptet er und behauptet die ganze Welt; von dem Augenblick an, wo das Ausland auch nur den Schatten eines Zweifels hegt, daß wir in Gold zahlen, wie es der Verlehr der ganzen zivilisirten Welt thut, die, wie der Finanzminister mit Recht sagt, nur noch die Goldwährung kennt; von dem Augenblick an, wo Jemand sich erdreistet, auch nur davon zu sprechen, daß er in die Lage kommen könne, seine auswärtigen Schulden mit Silber zu bezahlen, von da an beginnt die Drohung mit dem Bankrott.

Abg. Windthorst: Unser Antrag ist keineswegs inhaltlos und indifferent; wir wünschen von der Regierung, als der dazu berufenen Instanz, das Material zu erhalten, um die Währungsfrage entscheiden zu können. Bis nach dem Eingang dieses Materials behalten wir uns das Urtheil über pro und contra vor. Wer heute unserem Antrage zustimmt, engagirt sich dadurch nach keiner Richtung.

Die Diskussion wird geschlossen.
Abg. v. Kardorff konstatirt, daß er nicht absichtlich über die Rede des Ministers v. Scholz im Abgeordnetenhaus etwas Unrichtiges behauptet habe. Er sei nach den Berichten von Blättern gegangen, welche die Rede des Ministers in den Himmel erhoben und damit schloffen, daß sie den Bimetallicismus definitiv beseitigt hätte, da er dem scharfen Spott des Ministers erlegen sei. Ich freue mich, daß Herr v. Scholz heute das Gegentheil konstatirt.

Abg. Fürst v. Saxe-Weimarn: In meinem und eines kleinen Theiles meiner Freunde Namen erkläre ich, daß wir heute zwar für den Antrag Quene stimmen, da wir eine erneute Prüfung der schwierigen Materie für zweckmäßig erachten; wir wünschen aber, daß aus dieser unserer Abstimmung nicht etwa unletzte prinzipielle Gegnerschaft gegen das herrschende Währungssystem hergeleitet werde.

Abg. v. Hammerstein bedauert, durch den Schluß der Debatte an der Entgegung verhindert worden zu sein, zu der die Rede des Finanzministers ihm Anlaß gebe, und behält sich dieselbe für das preussische Abgeordnetenhaus vor.

Abg. Richter: Dieser Bemerkung gegenüber konstatire ich, daß wir gegen den Schluß gestimmt haben, und nur das Centrum und die Rechte dafür. (Sehr richtig! links.)

Abg. Windthorst: Auch ich habe nicht für den Schluß gestimmt.

Die Resolution n. Huene wird darauf mit 145 gegen 119 Stimmen angenommen. Dafür das Centrum und die große Mehrheit der Konservativen. Den Etat des Reichs-Schatzamt bewilligt das Haus nach den Beschlüssen zweiter Lesung.

Beim Etat des allgemeinen Pensionsfonds regt Abg. Struemann an, den Offizieren, welche in den Kommunaldiensten eingetretten, einen Theil ihrer Pension auch dann zu belassen, wenn ihr Gehalt das frühere Einkommen übersteigt. Es wird dadurch für pensionirte Offiziere ein Anreiz geschaffen, sich in ihren Verhältnissen entsprechende Stellungen zu begeben. Sodann wäre es wünschenswerth, wenn auf dem Wege der Reichsgesetzgebung festgesetzt würde, daß bei der Pensionirung der Kommunalbeamten die Jahre, welche dieselben im Militärdienst zugebracht, in Anrechnung gebracht werden müssen, vielleicht in der Weise, daß das Reich pro rata der Jahre, welche die betreffenden Beamten im Heer gedient haben, die Pension übernimmt und die Kommune für die übrigen Jahre.

Abg. Ulrich trägt die gleichen Wünsche mit Bezug auf die aus dem Unteroffiziersstande hervorgegangenen Kommunalbeamten vor.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff dankt für das Wohlwollen, das die Vorredner dem Offizier- und Unteroffiziersstand entgegengebracht; indessen die Frage ist eine sehr schwierige. Die Härten, welche die gegenwärtige Gesetzgebung ergibt, sind den verbündeten Regierungen nicht unbekannt geblieben. Es haben auch bereits Erörterungen stattgefunden, wie dieselben abzustellen seien; dieselben sind aber noch nicht zum Abschluß gelangt. Es ist also unzulässig für einen Vertreter der verbündeten Regierungen, in diesem Augenblicke Partei zu ergreifen. Aber die Anregungen, die hier erfolgt sind, werden nicht vergessen sein.

Der Etat des allgemeinen Pensionsfonds, sowie der Etat des Reichs-Invalidentfonds werden bewilligt.

Von dem Extraordinarium werden die einmaligen Ausgaben für Reichskanzler und Reichskanzlei ohne Debatte bewilligt.

Im Etat des auswärtigen Amtes werden 146 000 M. zur Herstellung von Dienstgebäuden in den Schutzgebieten von Kamerun, Logo und Angra Bequena gefordert.

Abg. Windthorst beantragt, die Forderung um 52 000 M. (den auf das Dienstgebäude für Angra Bequena entfallenden Betrag) zu kürzen, also statt 146 000 M. nur 94 000 M. zu bewilligen.

Abg. Windthorst: Der Bewilligung einer Pauschsumme, wie sie im vorigen Jahre für die kolonialen Unternehmungen gefordert wurde, haben wir zugestimmt; aber die 52 000 M. die jetzt über dieselbe hinaus verlangt werden, geben wir nicht. Die Zeit ist viel zu kurz gewesen, wir haben noch gar keine Erfahrungen sammeln können, ob wir weiter gehen sollen auf dem Wege unserer Kolonialpolitik. Wenn ich auch der Bau gar nicht eilig und die Kostenveranschlagung für denselben nicht klar. Auf die Frage der Kolonisation will ich nicht eingehen; sollten aber die Herren rechtis es wünschen, so bin ich auch dazu bereit. Es könnten aber diese Erörterungen an dieser oder jener Stelle nicht dequiem sein.

Geheimrath Krauel erwidert, daß ein derartiger Antrag bereits zweimal gestellt und zweimal abgelehnt worden ist. Darnach wurde als Motiv angegeben, daß man noch gar nicht wisse, wo das Haus gebaut und ob dasselbe noch in diesem Jahre gebaut werden solle. Seitdem ist die Baustelle angegeben worden; daß der Bau nicht eilig sei, kann nicht zugegeben werden. Man kann doch nicht verlangen, daß die Herren ein nomadisches Leben führen. Herr Windthorst selbst würde, wenn er von den Verhältnissen unterrichtet wäre, von seinem Vorschläge zurückgekommen sein.

Der Antrag Windthorst, 52 000 M. abzusetzen, wird nach längerer Debatte gegen die Stimmen des Centrum, der Polen, Sozialdemokraten und eines Theils der Freisinnigen abgelehnt, die Position also in der beantragten Höhe bewilligt.

Im Extraordinarium der Postverwaltung beantragen die Abgg. Borowski und Spahn die in zweiter Lesung gestrichenen 70 000 M. als erste Rate für ein Postgebäude in Allenstein wieder einzusetzen.

Nachdem sowohl die Antragsteller als Staatssekretär v. Stephan für die Bewilligung gesprochen, wird dieselbe mit knapper Mehrheit beschlossen.

Um 5 Uhr wird die weitere Beratung des Etats bis Freitag 1 Uhr vertagt.

Abgeordnetenhaus.

18. Sitzung vom 11. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische Friedberg und Kommissarien.

Eingegangen ist 1. G.-C. betr. die Anstellung und das Dienstverhältnis der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen im Gebiete der Provinzen Westpreußen und Posen und des Regierungsbezirks Oppeln; 2. G.-C. betr. die Bestrafung der Schuldverurtheilten im Gebiete der Schulordnung für die Elementarschulen der Provinz Preußen vom 11. Dezember 1845 und des Schulreglements vom 18. Mai 1801 für die niederen katholischen Schulen in den Städten und auf dem platten Lande von Schlesien und der Grafschaft Glatz.

Das Haus legt die zweite Lesung des Staatshaushalts beim Etat der Justizverwaltung fort.

Bei Tit. 1 der Einnahmen (Kosten und Geldstrafen) bespricht

Abg. Korsch den Umstand, daß der Ertrag auf 1 563 000 M. weniger, als im Verlaufe veranschlagt ist.

Der Titel wird bewilligt, desgleichen der folgende.

Tit. 3, Arbeitsdienst der Gefangenen 1 156 000 M. (76 000 M. mehr als im Vorjahre) veranlaßt den Abg. Meyner (Centrum), an den Minister das Ersuchen nach einer Statistik darüber zu richten, auf welche Weise die verschiedenen Berufs- zweige an diesem Verdienste betheiligt sind.

Ob. Justizrath Starke erinnert daran, daß es sich hier nur um die dem Justizressort unterstellten Gefangenen handle. Die Zahl derselben belaufe sich allerdings auf tausend. Die Zahl der Gefangenen in denselben schwankte indessen zwischen 5 bis 6 Gefangenen und 1500. Deshalb wechselte auch die Beschäftigung fortgesetzt und mache die Aufstellung einer Statistik unmöglich. Die Justizverwaltung sei andererseits zu Auskünften jeder Art gern bereit.

Die Einnahmeverordnung n werden unbeanstandet genehmigt. — Eine längere Auseinandersetzung ruff die erste Position der dauernden Ausgaben, Gehalt des Ministers 36 000 Mark, hervor.

Abg. Träger: Alle Parteien sind gleichmäßig an der Aufrechthaltung des Grundgesetzes „Gleiches Recht für Alle“ theilhaftig; hier haben wir einen gemeinsamen Boden. Im § 416 haben wir eine der unglücklichsten Bestimmungen unserer Strafprozessordnung, wonach die Staatsanwaltschaft bei Verlehdigungen nur dann öffentliche Anklage erheben soll, wenn ein „öffentliches Interesse“ vorliegt. Es ist ja außerordentlich schwer, diesen Begriff in einer alle Fälle treffenden Form zu definiren, der Begriff der Exce ist ja sehr verschieden, aber wir

meinen, daß dann immer ein öffentliches Interesse vorliegt, wenn das Rechtsgefühl großer Rufe durch einen Fall gestört ist und ein Gefühl der Rechtsunsicherheit Platz zu greifen droht. Ein öffentliches Interesse mag meinetwegen bei jeder Beamtenverlehdigung vorliegen, dasselbe ist doch aber auch sicherlich vorhanden, wenn der Beamte der Verlehdigung ist. (Sehr gut! links.) Das geschieht leider nicht, aus der falschen Tendenz heraus, den Beamten unter allen Umständen zu schützen. Wie sieht es denn gegenüber Abgeordneten? Da liegt doch fast immer ein öffentliches Interesse vor, denn größere Kreise haben stets ein Interesse an einem solchen Man. Da komme ich auf den Rechtschaden. Es wird das öffentliche Interesse mit dem politischen, ja mit dem Parteinteresse verwechselt. (Hört, hört! Sehr gut! links.) Ich glaube, ich kann konstatiren, daß in der Regel konservative Abgeordnete, konservative Kandidaten, sogar konservative Zeitungen, wenn sie sich beleidigt fühlen, im öffentlichen Interesse geschützt werden, während dies Seiten anderer Richtung nicht passiert. (Hört, hört! links, Widerspruch rechts.) Wir haben einen sehr h. lanten konservativen Abgeordneten unter unter uns, welchem es gelungen ist, mit Hilfe der Staatsanwaltschaft eine Reihe von Gegnern, namentlich Zeitungen zur Rechenschaft zu ziehen, aber es macht mich bedenklich, daß die Angriffen auf der anderen Seite gewöhnlich diesen Schutz nicht genießen. (Sehr wahr! links.) Der deutsch-freisinnige Abgeordnete Verbe, der gleichzeitig Amtsgerichtsrath ist, magte gegen den geistigen Leiter eines konservativen Organs Zeugnis ablegen. Da hatte der Schriftsteller nichts Bittereres zu thun, als die ungeheure Thatsache mitzutheilen, daß Herr Verbe einen Meineid geleistet habe, die Untersuchung bereits eingeleitet sei, und wenn sie zu seinen Ungunsten ausfalle, den Verlust des Mandats zur Folge habe. Auf den in Folge dessen von Herrn Verbe gestellten Strafantrag erklärte der Staatsanwalt, mangels öffentlichen Interesses eine Anklage nicht erheben zu können, die Oberstaatsanwaltschaft trat dieser Entscheidung bei. Ich lege nicht Gewicht auf die Eigenschaft als Abgeordneter oder Beamter, die Herrn Verbe betrafte, sondern auf die als Zeuge. Bei Verlehdigung eines ehrenhaften Zeugen liegt stets ein öffentliches Interesse vor. Ich erkenne dankbar an, daß der Herr Justizminister in diesem Falle die Staatsanwaltschaft angewiesen hat, Anklage zu erheben. Einige Wochen vorher hatte ein Fuhrmann aus Nordhausen in einer Dorfschänke zu Bauern, welche das Wahlschloß des konservativen Kandidaten vor sich hatten, gesagt, der letztere sei ein Schmeichler, Heuchler und Lügner. Hier wurde sofort öffentliche Anklage erhoben. (Hört! hört! links.) Das sind unliebsame Vergleiche. Ich will noch einen anderen, an sich harmlosen Fall, der viel Staub aufgewirbelt hat, zur Sprache bringen. Ein junger Mann, ein Student, bringt den Keiz einer jungen Verkäuferin eine etwas lebhaftige Huldigung dar. (Heiterkeit.) Sie werden nicht erwarten, daß ich in fittliche Entrüstung ausbrechen; so lange es Studenten und hübsche Verkäuferinnen geben wird, werden solche Dinge vorkommen. (Heiterkeit.) Der Inhaber des Geschäfts verbittet sich dies, und als er keinen Erfolg sieht, fallen in der Erregung Worte, welche schließlich zu einer Verurtheilung geführt haben, zu einer milden, wegen der allseitigen Erregung der Beihelligen. (Heiterkeit.) Kein Mensch hätte an diesen Vorfalle gedacht, wenn nicht auf Seiten der Anklage auch eine gewisse Erregung vorgekommen wäre, denn die Anklage war hier im öffentlichen Interesse erhoben worden. (Hört, hört! links.) Der Student hatte es nicht beantragt, die junge Dame auch nicht, denn sie erregte ja das öffentliche Interesse an sich schon hinlänglich. (Heiterkeit.) Aber — der junge Herr ist der Sohn eines sehr hochgestellten Beamten und konservativen Abgeordneten. Da meine ich doch, daß deshalb kein öffentliches Interesse vorliegt, auch dann nicht, wenn der hochgestellte Beamte selbst an Stelle seines Sohnes gewesen, ohne damit die Möglichkeit dessen anzudeuten. (Große Heiterkeit.) Das ist doch eine irrtzige Ansicht über das öffentliche Interesse, und meine Bitte an den Herrn Justizminister, eine Maßnung dahin zu erlassen, daß die Herren Staatsanwälte in Zukunft nicht das öffentliche Interesse mit dem Parteinteresse verwechseln. Ich m. in, durch eine derartige Verfügung möchte sich der Herr Justizminister zum mindesten auch den Dank der Herren Staatsanwälte erwerben. Ich wende mich noch dem Gebiete des Zivilprocesses zu. Es schwaben augenblicklich Prozesse, welche ich nicht ansehe für Tendenzprozeß der bedenklichen Art zu erklären, jene Prozesse, welche die preussische Regierung gegen Abgeordnete der Fortschrittspartei und sozialdemokratischen Partei auf Rückgabe von Parteidiäten angehängt hat. Die Fortschrittspartei hat sich erst, nachdem der Reichstag sieben Mal mit immer steigender Majorität sich für die Einführung von Diäten entschieden, und nachdem von allen Seiten zugegeben war, daß die Diätenlosigkeit eine bedenkliche Beschränkung der Wahlberechtigung sei, zu diesem Auskunfts Mittel entschlossen. Die Öffentlichkeit hat man dabei gar nicht geschaut, der Diätenfonds ist von vornherein in die schärfste Beleuchtung der Öffentlichkeit gestellt worden. Da wendete sich plötzlich der Reichskanzler im vorigen Jahre in voller Schärfe gegen den Diätenfonds, indem er sagte, wenn man einem bestimmten Abgeordneten den Empfang von Parteidiäten nachweisen könne, dann würde man die Situation in Bezug auf das Strafrecht betrachten können. Solchen scharfen Worten pflegen Zeaten zu folgen. Im Juni und August vorigen Jahres wurden die Anklagen zugestellt. Da nun vier verschiedene Regierungen zu gleicher Zeit auf dieselbe Idee kommen (Hört! hört! links), da die Klagen sich mehr oder weniger ähnlich sehen, gewissermaßen formulmäßig geliefert zu sein scheinen, so kommt es auf die Vermutung, daß der Herr Justizminister seinen Beirath gewählt hat. Nun haben sieben Gerichte aus denselben Gründen auf Freisprechung erkannt. Was geschieht? Raum ist das Urtheil von Halle abgedruckt, da erscheint in der „Nordd. Allg. Zig.“ ein durch Morgen- und Abendblatt hindurchgehender Artikel, welcher die Fallenser Entscheidung in schärfster Weise tittfirt. (Hört! hört! links.) Da heißt es: das halleische Urtheil verstohe gegen die Reichsverfassung, und zwar gegen eine der fundamentalsten Bestimmungen u. s. w. und am Schluß der Ausführungen heißt es: „wir zweifeln nicht daran, daß auch in unserer Rechtsprechung diese Auffassung schließlich zum Ausdruck gelangt. (Hört! hört! links.) Die Bestimmungen, auf welche die Anklage basiert, existiren nur in Preußen, sie taumeln ohne jede Verbindung in dem Gesetzgebungssystem herum und sind seit langer Zeit gar nicht in Anwendung gekommen. Das wäre ein hübscher Zustand, wenn in Preußen ein Abgeordneter keine Parteidiäten annehmen dürfte, wohl aber in jedem anderen Partikulärstaate. Auf den Ausfall der Prozesse kommt es hier gar nicht an, sondern auf den Verlust des Ansehens der Rechtspflege in der öffentlichen Meinung. Durch diese Worte habe ich nur aufmerksam machen wollen, daß wir vor Allem darnach streben, daß Recht und Rechtspflege vollkommen unabhängig bleiben. Alles Andere sollten diese Worte sein, nur nicht persönliche Angriffe gegen den auch von mir hochverehrten Herrn Justizminister. (Beifall links.)

Justizminister Dr. Friedberg: Der Vorredner hat gewünscht, daß ich auf Grund des Vorfalles, in welchem ein junger, etwas feuriger Student wegen seiner allzu lebhaften Huldigung einer schönen Verkäuferin den Anlaß eines Processes gab, eine allgemeine Verfügung an die Staatsanwälte erlassen möchte. Das werde ich doch wahrscheinlich nicht thun, denn vor nichts hat sich ein Vorgelegter so zu hüten, als daß er die Lächer gegen sich bekommt, und wenn ich einen solchen ganz einzelnen Vorfalle der laun werth war hier angeführt zu werden, zu einer großen Aktion ausbauen würde, so würde man mich mit Recht auslachen. Der Vorredner hat selbst den Art. 416 verlesen und die Uebersetzung ausgesprochen, daß die Handhabung dieses Artikels von der subjektiven Ermüdung des

einzelnen Staatsanwalts abhängig ist. Nun kann ja bei solchen Ermüdungen schlagartig werden, so daß unter Umständen ein Staatsanwalt kein öffentliches Interesse findet, wo er ein solches annehmen sollte, und umgekehrt. Wie soll es nun möglich sein, durch allgemeine Verfügungen die Handhabung eines so sehr subjektive Ermüdungen hingewiesenen Paragraphen so zu gestalten, daß jeder Richter versichert werden kann? Der zweite Theil der Ausführungen des Herrn Abgeordneten betraf die sogenannten Diätenprozeße. Wie sieht kein Urtheil zu über die Berechtigung eines Abgeordneten, abhängige Zivilprozesse, die in geordnetem Instanzenzuge erledigt werden müssen, hier zur Förderung zu bringen. Was mit über zusetzt, ist die Erklärung, daß ich glaube, gegen meine Pflicht mich zu versehen, wenn ich mich über einen rechtshängigen Zivilprozeß, mag man ihm einen Namen geben, welchen man will, über Prozesse über Wein und Wein, wo es sich einfach um einen Geldanspruch handelt, hier auslassen wollte. Ich möchte eine Erklärung abgeben, nach welcher Seite es immer sei, es würde eine solche Aeußerung den preussischen Justizminister bei den Gerichten der schwersten Bedeutung aussetzen, und darum bescheide ich mich, hierauf weiter einzugehen. (Beifall rechts.)

Abg. Mündel (deutsch-freisinnig): Die Antwort des Herrn Ministers ist dankenswerth, aber nicht vollständig. Wie Freund Träger hat ausdrücklich gesagt, was sich von selbst versteht, daß auf die materielle Entscheidung der schwebenden Prozesse kein Einfluß geübt werden sollte. Der Minister kann es nicht thun, selbst wenn er es wollte. Niemand von uns ist es thöricht, einen Einfluß auf das Schicksal dieser Prozesse durch die Intervention des Ministers zu erwarten. Eine andere Frage aber ist die, daß bei diesen Prozessen die Rechtspflege Schaden leidet. Dem hat der Minister bisher nicht widersprochen. Der Justizminister schützt die Rechtspflege oder bestes Ergebnis der Prozesse, das steht dahin, sondern über die Art und Weise, wie die Prozesse arggestellt werden. (Sehr richtig! links.) Man kann unter Umständen ein Recht zusammenklauben aus alten Bestimmungen, es könnte auch nichte geben, welche auf diese Begründung — ich bemähe gesagt — hineinfallen. Wie es aber möglich ist, daß diese Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ haben versuchen dürfen, auf den Reichsanwalt als Wächter der Rechtspflege diesem Attentate über einengenommen hat (sehr richtig! links), wollen wir nicht in Anspruch. Möchte der Minister die Staatsanwälte angewiesen, daß bei dem öffentlichen Interesse es keinen Schaden der politischen Parteien giebt, daß sie nicht unter dem Rest des Ministers des Innern stehen, sondern daß in der Justiz andere Prinzipien gelten müssen, wie in der Verwaltung. Ich bitte den Herrn Minister um eine bestimmte Erklärung. (Beifall links.)

Minister Dr. Friedberg: Ich glaube, diese Erklärung schon abgegeben zu haben, dahin, daß das öffentliche nie dem politischen Interesse identifizirt werden dürfte, und daß der Staatsanwalt die Frage, ob ein öffentliches Interesse vorliegt, unabhängig von der politischen Parteistellung prüfen und beantworten muß. Es ist mir vorgekommen, daß ein Theil der Angriffe, die ich jrg: als Justizminister habe erdulden müssen, eigentlich gar nicht an meine Adresse gerichtet war. (Zustimmung.) Ich will aber die erste Frage des Herrn Abgeordneten, welche Stellung ich gegen die sogenannten Diätenprozeße einnehme, ebenso präzis beantworten wie sie gestellt war: ich nehme zu diesen Zivilprozessen gar keine Stellung ein. Ich darf als Justizminister keine Stellung gegen solche Prozesse einnehmen, und darum glaube ich, hätte der Herr Abgeordnete, wenn er mich nicht im Verdacht hat, und ich glaube ihn hat er nicht, daß ich in ungehöriger Weise auf die Rechtsprechung einwirken will, diese Frage an mich zu stellen gar nicht nöthig gehabt. (Beifall rechts.)

Abg. D. Lzem (N. L.) bittet den Minister um schnelle Einführung der Grundbuchordnung in der Rheinprovinz.

Unterstaatssekretär Rede-Pflugstädt: Schon im Jahre 1883 hat der Herr Minister hier erklärt, daß eine sofortige Einführung der Grundbuchordnung in der Rheinprovinz nicht möglich sei. Dieses Geleg wird erst einen führen sein, wenn das dortige Grundsteuerlatasterwesen geregelt ist.

Abg. Lehmann (Cent.) hält den Wunsch des Abgeordneten D. Lzem, nachdem erst ein halbes Jahr vorher die christliche Hypothekenordnung eingeführt sei, für verfehlt, daß das Katasterwesen dort geordnet sei, könne noch gut ein Jahr geüht werden.

Abg. Trimbom plaidirt in längerer Ausführung für die Errichtung eines Landgerichts in Kreteld.

Kommisnar Geh. Justizrath Schmidt: Die Frage im Ministerium seit längerer Zeit erwoßen; die Entscheidung kann aber im Augenblicke noch nicht erfolgen.

Abg. Bödiker lenkt die Aufmerksamkeit der Herren und Verwaltungsdirektoren des Hauses auf das den Reichsanwalt des Referendariats betreffende Regulativ, das der Justizminister 1883 erlassen habe.

Justizminister Friedberg: Der eben erwähnte Entwurf wird in einigen Tagen an das Haus gelangen. Zu einer thatsächlichen Bemerkung erhält das Wort

Abg. Dr. Achenbach: Der Abg. Träger hat eine Geschichte erzählt von den Fensterpromenaden eines Gerichten bei schönen Verkäuferinnen u. s. w. Es läßt sich sehr schön an, aber es war alles nur Roman. Mit der Fensterpromenade ist es nichts, und was die schönen Verkäuferinnen anbelangt, du lieber Gott, — doch ich will Niemand etwas zu thun. Die ganze Sache dreht sich darum, daß ein hübscher Passant vor einem Schaufenster — einige Augenblicke stehen blieb und plötzlich von dem Eigentümer des Geschäftes mit Schimpfworten überschüttet wurde. In diesem Falle die Verfolgung, als im öffentlichen Interesse liegend, von einem Staatsanwalt eingeleitet wurde, darin finde ich so etwas Ungeheuerliches nicht, es müßte sein, daß der Verlehdigte das Urtheil hatte, der Sohn eines Oberpräsidenten zu sein. Die Sache an sich ist eigentlich harmlos und wäre es wohl kaum werth gewesen, in der gewählten Form, die der Abg. Träger wahrscheinlich den Vertheilungen irgend eines obskuren Stridenten unserer Zeit entnommen hatte, hier vorgebracht zu werden. (Beifall rechts.)

Abg. Träger: Ich habe von vornherein erklärt, daß mir fern läge, mit dem Vortrage der Geschichte irgend Fama verlegen zu wollen. Hätte ich gerufen, daß ich hätte Dr. Achenbach sich dadurch verletzt fühlen würde, daß die Sache nicht von irgend einem obskuren Stridenten, sondern von der Darstellung der Gerichterhandlung in angesehenen Berliner Zeitungen. Die Nichtigstellung der Sache durch den Abg. Dr. Achenbach erkenne ich natürlich dankbar an, aber er selbst wird mir zugestehen, daß ich sie viel ruhiger vortragen habe. (Große Heiterkeit.)

Das Ministergehalt wird darauf bewilligt, ebenso der Gehalt des Kapittels „Ministerium“ nach unerbittlicher Debatte, die gleiche die Kapitel Justiz-Prüfungskommission, Oberstaatssekretär, Land- und Amtsgerichte, Gefangnisse, sowie Gelder u. s. w. und der Rest des Ordinariums, sowie des Extraordinariums.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Definitive Wahlpräsidenten, Etat der Bauverwaltung.)

Zwei
und dem
die Bestau
nung für
11. Dezember
für die med
den platten
und laute:

Der S
Provinz
e. 1) und
8. Mai 18
Eldern un
Grafschaft
An ihre
Theil II Z

Dieses
schadet des
Laminat
nicht, w
lassen.

Der jo
des Dienst
Hilfen?
und Bolen
kann:
§ 1. T
lichen Voll
des Er
rathes der
Rathschul
biden.
§ 2. G
kulan kann
Zustimm
1882 bestim
§ 3. T
diesem Voll
durch die
nen Landie
über ihren
§ 4. T
in Staat
werden
geben.
— Die
tages be
der stänmi
Zustür jümm

v. Be
Kaufsch
der Plogir
leite im V
unter Vorf
Sigung ab
nehmend.
weil um di
Belage des
Vorganges
7. 7. 189
zu verles
angemessen
verantwort
den. Ein
wäre eben
Katholische
Wahlloosung
genauer V
§ 4. W
ob die Am
Wahlbeha
1. April 189
läre auf
§ 4. W
N. L. dau
— Da
abgeordnet
kommen wir
siben bring

Parlamentarisches.

Zwei weitere Gesetzentwürfe zur polnischen Frage sind dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Die erste betrifft die Befreiung der Schulverschämisse im Gebiete der Schulverwaltung für die Elementarschulen der Provinz Preußen vom 1. Dezember 1845 und des Schulreglements vom 18. Mai 1801 für die niederen katholischen Schulen in den Städten und auf dem platten Lande von Schlesien und der Gassechaft Glog, und lautet:

§ 1.

Der § 4 der Schulordnung für die Elementarschulen der Provinz Preußen vom 11. Dezember 1845 (Gesetzsamml. 1846 S. 1) und die Lit. a des § 39 des Schulreglements vom 18. Mai 1801 für die niederen katholischen Schulen in den Städten und auf dem platten Lande von Schlesien und der Gassechaft Glog werden aufgehoben.
An ihre Stelle tritt der § 48 des Allgemeinen Landrechts Teil II Titel 12.

§ 2.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1886 in Kraft, unbeschadet des Rechtes der zuständigen Behörden, schon vor diesem Termin Polizeiverordnungen zur Befreiung der Schulverschämisse, mit verbindlicher Kraft vom 1. April 1886 ab, zu erlassen.

Der zweite Gesetzentwurf betrifft die Anstellung und Dienstverhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen im Gebiete der Provinzen Westpreußen und Posen und des Regierungsbezirks Doppel. Derselbe lautet:

§ 1. Die Anstellung der Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen gebührt dem Staate allein. Alle hinsichtlich des Ernennungs-, Beförderung-, Wahl- und Vorschlagsrechtes bei Besetzung von Lehr- und Lehrerinnenstellen an Volksschulen entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben.

§ 2. Gegen Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Volksschulen kann die in § 13 Ziffer 1 des Gesetzes, betreffend die Dienstverhältnisse der nicht richterlichen Beamten etc., vom 21. Juli 1863 bestimmte Disziplinarstrafe verhängt werden.

§ 3. Der Staat übernimmt rüchlich die Unterhaltung der Volksschulen auf dem Lande diejenige Verpflichtung, welche durch die Vorschrift des § 33 Titel 12 Teil II des Allgemeinen Landrechts den Gutsbesitzern auf dem Lande gegenüber ihren damaligen Unterthanen auferlegt wurde.

§ 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.
Beiden Entwürfen ist eine längere Begründung beigegeben.

Die Petitionskommission des Reichstages beschloß, dem Plenum Uebergang zur Tagesordnung über sämtliche Petitionen für Wollzoll zu empfehlen. Dafür stimmten auch einige Zentrumleute und Konservative.

Kommunales.

Berliner städtische 50 Millionen-Anleihe. Der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberathung der Magistratsvorlage wegen Aufnahme einer Obligationen-anleihe im Betrage 50 000 000 M. hielt am Mittwoch Abend unter Vorsitz des Stadtverordneten-Vorstandes Hagemann eine Sitzung ab. Als Magistratskommissar war der Rämmerer Künze anwesend. Die mehrstündige lebhafte Debatte drehte sich um die Frage, ob die Verzinsung der Anleihe nach der Höhe des Magistrats mit 4 pCt. oder mit 3 1/2 pCt. jährlich erfolgen solle. Schließlich wurde mit einer Stimme Mehrheit gegen 7, der Vorschlag des Magistrats, die Anleihe mit 4 pCt. zu verzinsen der Stadtverordneten-Versammlung zu empfehlen, angenommen. Auch die Zinsabzählungen sind nach der Magistratsvorlage auf den 1. April und 1. Oktober bestimmt worden. Ein Antrag auf Auslegung der Anleihe zur Satisfaktion wurde ebenfalls abgelehnt und sollen vielmehr die bisherigen Anleihebedingungen bestehen bleiben, so auch in Betreff der Auslösung, des Ausrufs und der Amortisation verloren gegangener Anleihecheine, der Ausfertigung neuer Binscheine etc. Ferner wurde nach dem Magistratsvorschlage bestimmt, daß die Amortisation mit 1 pCt. jährlich des ursprünglichen Anleihekapitals und den ersparten Zinsen stattfinden und am 1. April 1890 beginnen, sowie, daß die auszugebenden Anleihecheine auf 5000 M., 2000 M., 1000 M., 500 M., 200 M. und 100 M. lauten sollen.

Da sich die Verhandlungen in der gestrigen Stadtverordneten-Versammlung sehr in die Länge gezogen haben, so können wir erst morgen einen ausführlichen Bericht über dieselben bringen.

Lokales.

Postalisches. Während bei den nicht auf Bahnhöfen gelegenen Postanstalten Berlins an den Wochentagen die Abnahme von gewöhnlichen Paketen bis 7 Uhr Abends und von Werthsendungen bis 8 Uhr Abends stattfindet, sind die Anstalten für die vorbereiteten Gattungen von Sendungen bei den hiesigen Bahnhofs-Postanstalten je nach der Abfahrtszeit der von den einzelnen Bahnhöfen abfahrenden Nachzüge wochenentlich wesentlich länger geöffnet. Die Schalterstunden für die einzelnen Bahnhofs-Postanstalten sind vorgewärtig wie folgt festgesetzt: beim Stettiner Bahnhof bis 11 M., beim Potsdamer Bahnhof bis 10,55 M., beim Anhalter Bahnhof bis 11,15 M., beim Schlesischen Bahnhof bis 11,21 M., beim Scharitzer Bahnhof 8 M., beim Lehrter Bahnhof 11,55 M. Es dürfen indes bei den vorgenannten Postanstalten nach 7 bzw. 8 Uhr Abends nur solche gewöhnliche Pakete bez. Werthsendungen aufgegeben werden, welche mit den auf den betreffenden Eisenbahnhöfen entfallenden Postzügen Weiterbeförderung erhalten. So z. B. dürfen bei dem Postamt 11 (Anhalter Bahnhof) nach 7 bzw. 8 Uhr Abends nur Pakete und Werthsendungen für die Linien nach Frankfurt (Main), Leipzig und Dresden aufgegeben werden. Durch diese Einrichtung wird dem Publikum eine günstige Gelegenheit geboten, noch bis zum Abgang der betreffenden Nachzüge bei den in Betracht kommenden Postanstalten Pakete oder Werthsendungen aufzugeben, ohne daß für derartige Postsendungen neben dem tarifmäßigen Franks bez. Porto eine besondere Zuggebühre erhoben wird. Denselben von der fraglichen Befreiung der Offenhaltung der Annahmestellen seitens des Publikums bereits umfassender Gebrauch gemacht wird, so scheint sie dennoch einem großen Theile der hiesigen Bevölkerung noch nicht genügend bekannt zu sein.

Eisenbahn-Unfälle. Im Augendbahnhofe der Berlin-Anhalterischen Eisenbahn stand vorgestern Abend 8 Uhr 25 Minuten eine Maschine an der in der Nähe der Rana brücke befindlichen Kohlenabebühne und vor der Maschine in der Richtung nach der Brücke ein Personenwagen; eine zweite rasigende Maschine fuhr aus dem Innenbahnhofe, dasselbe Neben-gleise benutzend, aber die Brücke und stieß auf den Personen-wagen, weil durch ausströmenden Dampf der Maschine die Sicht behindert war. In demselben Augenblicke passirte der Wagen neben der Unfallstelle liegende Hauptgleise; nach dem Durchgange des Zuges fand man den Rangierer Stehr tod im Wasser. Nach Lage der Verhältnisse muß angenommen werden, daß Stehr, welcher neben dem Personenwagen stand, den Zusammenstoß sehend, zur Seite gesprungen und so unter dem Zuge gekommen ist. Außer dem Verstorbenen hat ein Kan-dener, welcher auf dem Trittbrettl des Personenwagens stand, einen Armbruch erlitten. Der medgenannte Personenwagen und der Tender der stehenden Maschine entgleisten. Ob ein

strafbares Vergehen vorliegt, wird die Untersuchung ergeben. — Auch der Dresdener Bahnhof war vorgestern Abend der Schauplatz eines Unglücksfalles. Der auf dem Güterbahnhofe beschäftigte Arbeiter Michael Kalweit wurde von einem bereits beladenen, rückwärts rollenden Arbeitswagen zwischen den Wagen und einen Lowry gequetscht. Seinen sofort herbeieilenden Kameraden gelang es, den Unglücklichen nach wenigen Minuten aus seiner entsetzlichen Lage zu befreien, doch hatte K. bereits derartige schwere Verletzungen erlitten, daß er bewußtlos zusammenbrach und in die Charité geschafft werden mußte. Sein Zustand ist ein hoffnungsloser.

Folgen der Tournure. Daß die Tournure oft schon ergötzliche Szenen herbeigeführt hat, ist männlich bekannt, daß dieselbe aber auch geeignet ist, unter Umständen sehr peinliche Fälle herbeizuführen, bewies uns ein Vorkommniß, welches dieser Tage in einem unserer elegantesten Konzert-Stadlissements eine geradezu skurrile Feste heranzief. Saß da eine junge, hübsche Dame mit ihrem Gatten und zwei Kindern im Konzert. Die kleinen, sogenannten Wiener Stühle gestatteten der Dame ein festes Aussehen infolge der Tournure, und um das ihreu Kleid zu schonen, nicht, und so saß dieselbe auf dem Stuhle nur wie „angebaucht“. Plötzlich tritt eines der Kinder die Mama um etwas Bier, und bei dem Ergreifen des Glases rutscht der Stuhl durch die Vorwärtsbewegung des Körpers auf dem glatten Parquet nach hinten und die Dame fällt zum Schrecken aller Umstehenden unter den Tisch, das gefüllte Bier-glas auf ihr Kleid und die schneidigen hellen Unausgesprochenen ihres Gatten auslösend. Nachdem man hilflos die Dame wieder „auf die Beine“ geholt und sich allerseits überzeugt hat, daß derselben bei dem Unfall ein körperliches Leid nicht geschehen, bricht alles in Heiterkeit aus — verständiger Weise die Betroffenen mit. Aber das Amüsement war dahin, die Familie benutzte die nächste Pause, um zu verschwinden und wahrscheinlich daheim der Kunst der Fleckenreinigung und Trocknung obzuliegen. An dem gestörten Vergnügen aber war nur allein die schändliche Tournure und nach Meinung der Dame die noch schändlicheren kleinen Wiener Stühle schuld.

An derselben Stelle der Havel bei Schildhorn, an welcher am Sonntag, wie bereits berichtet, ein Berliner einbrach und ertrank, wurden gestern zwei Leichen, welche dort an die Oberfläche des Wassers getreten waren, eingefroren gefunden und mußten von Fischern herausgezogen werden. Die eine, eine männliche Leiche, war noch wohl erhalten, und es wurde bei ihr ein Notizbuch gefunden, aus dessen Inhalt hervorging, daß der Verunglückte ein Fischhändler gewesen, denn es enthielt Notizen über verkaufte Fische, die letzte vom 15. Januar 1886. Die andere war eine weibliche und zeigte Verwundungen; die eine Hand fehlte gänzlich. Die Kleidungsstücke, die sie trug, schienen gute gewesen zu sein. Die Leichen wurden nach der Leichenhalle des Kirchhofs für Verunglückte im Grunewald gebracht. Fernerhin theilten wir vor einigen Tagen mit, daß auf der Unterhavel unweit von Gatow, und zwar gegenüber der Schmiede, im Eise eine weibliche Leiche eingefroren liegt. Kürzlich wurden auf Veranlassung des Amtes in Ruhleben Anstalten getroffen, um den todtten Körper, der mit dem Hinterkopfe aus dem Eise hervortrat, fortzuschaffen. Die abgehenden Leute mußten aber unvorsichtiger Sache wieder zurückkehren, da sie wegen der Unsicherheit der Eisfläche sich jener Stelle nicht zu nähern vermochten. Es ist noch unaufer-gelärt, auf welche Weise die Leiche dahin gelangt ist. Man vermutet aber, daß dieselbe mit der Frau eines Berliner Geschäftsmanne identisch ist, die dort vor längerer Zeit freiwillig den Tod gesucht hat.

Aus dem Berliner Studentenleben. Ein Jünger des Quartiers latin bewohnt, lag am Montag früh noch fest unter der Bettdecke, als sein Freund und Kollege eintrat. „Ein herrlicher Wintermorgen, Bruderberg, das wäre so etwas zu einer Frühpartie via Rouffeau-Insel nach den Eisgefilden Spandau's. Komm, wir wollen unsere Winterüberzieher verlegen, es läuft sich angenehmer im Jaquet!“ so lautete der Vorschlag des eben eingetretenen Freundes. Aber der junge Mediziner schüttelte bedenklich sein Haupt und replizierte: „Vas ab von Deinem Vorhaben, denn ich bin unter keiner Bedingung dabei, denn erstens ist es gegen mein Prinzip, einen Winterpaletot zu verlegen und zweitens habe ich den meinigen schon gestern vorverlegt.“ „Gut, so opfere ich den meinigen, die Partie wird unbedingt gemacht,“ rief der Freund und bald nachher befanden sich die beiden Rufenöhne auf dem Wege zum Pfandleiher. In einem Restaurant in der Karlsruher Straße wurde zuvor noch Station gemacht und weitere Projekte entworfen für die Schlittschuhpartie. Als die Herren jedoch auf-gestanden waren und den Hauptfaktor des in Aussicht genom-menem Vergnügen, den zu verlegenden Paletot vom Regler nehmen wollten, war derselbe verschwunden, ein Langfinger hatte ihn entwendet. Die Moral dieser wahren Geschichte aber lautet: Es ist am vortheilhaftesten, einen Winterpaletot immer schon „vorgestern“ verlegt zu haben.

Gerichts-Zeitung.

Der Schutzmann Voigt stand gestern vor dem Privat-lagerichter, um sich wegen der dem Kläger gegenüber gebotenen Aeußerung: „Daß Sie ein gelungener Junge sind, das wissen wir schon!“ zu verantworten. Der Privatkläger, Maurer Karl Rölle, war am 1. Juli v. J. wegen Verbreitung von Flug-blättern bezüglich des Mauerstreiks zur Wache gebracht und dort von dem ihm ganz unbekanntem Besagten mit obigen Worten empfangen worden. Der Gerichtshof verurtheilte denselben dafür zu 3 Mark event. 1 Tag Haft, lebte aber die verlangte Publikationsbefugniß im „Berl. Volksblatt“ ab.

Gegen den Redakteur Adolf Bergschmidt stand gestern vor der 95. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts eine Anklage wegen Nichtaufnahme einer Berichtigung an. In Nr. 45 des vom Angeklagten redigirt gewesenen „Neuen Berliner Montagblatt“, welches in Folge der am 25. Nov. v. J. erfolgten Verhaftung desselben eingegangen ist, war gegen die Lebensversicherung-Gesellschaft „Germania“ ein Artikel auf-genommen, welcher dem Direktor Dr. Amelung nicht nur Ver-anlassung zur Einbringung einer Berichtigung, sondern auch zur Anstrengung einer Privatklage gegen den Redakteur B. gab. In der letzteren steht am 18. d. Mts. Verhandlungstermin an, und soll in demselben nach Mitteilung des Verteidigers des Angeklagten, des Rechtsanwalts Halle, der Verweis der Wahr-heit erhoben werden. Da von dem Resultat desselben aber die Ausdehnung der Strafe wegen der Nichtaufnahme der ein-gesandten Berichtigung abhängig ist, beschloß der Gerichtshof Verlegung der Sache bis nach Beendigung des Privatklage-verfahrens.

Der Vorwurf, ein christlicher Jude zu sein, ist nach dem gestern von der 100. Abtheilung des hiesigen Schöffengerichts in der Privatklage des Möbelhändlers Richter gegen den Tischlermeister Moriz Liebert in Lharandt gefällten Urtheil beleidigender Natur, indem damit unter den heutigen Verhältnissen dem Betroffenen Unrechtlichkeit imputirt wird. Der Ver-klagte wurde zu 30 M. ev. 3 Tagen Haft verurtheilt.

Vereine und Versammlungen.

Die außerordentlich stark besuchte Versammlung der Mäntelnäherinnen am 9. d. M., in „Sonsbeut“, hatte den Zweck, die Kaufleute und Schneidermeister über ihre Stellung zur Mäntelnäherinnenbewegung zu interpelliren. Frau Buge hob hervor, daß die Kaufleute und Schneidermeister zwar schon des Ofteren interpellirt worden wären, doch wäre dies bisher stets mehr ein famillio geschehen; diesmal jedoch solle eine offizielle Erklärung abgegeben werden und seien zu diesem Zweck besonders die Mitglieder der Kommission der Kaufleute

und Schneidermeister eingeladen worden. Herr Kaufmann Guttmann als Referent war der Meinung, daß die Kaufleute und Schneidermeister bis jetzt nichts Positives in der Angelegenheit gethan, sondern dem Prinzip der Verschleppung geblüdig hätten. Er rief den Mäntelnäherinnen, sich nicht länger passiv zu verhalten, sondern aktiv vorzugehen und zur ultima ratio zu greifen, — zum Streik. Es sei zwar das erste Mal, daß die Frauen und Mädchen hierzu ihre Zukunft zu nehmen ge-wungen seien, doch würde die ganze Arbeiterschaft und alle billig denkenden Menschen ihnen helfend zur Seite und hinter ihnen stehen. Die Frage sei nur die, wie sich die Kaufleute und Schneidermeister beim event. Ausbruche partieller Streiks verhalten würden; ob die Schneidermeister die streikenden Nähe-rinnen in Arbeit nehmen und nicht für die gestörten Geschäfte arbeiten, sowie ob die Kaufleute event. Streiks begünstigen und materiell unterstützen würden und verlangte Referent hierüber eine Erklärung. Frau Buge: Die Mäntelnäherinnen ständen den Schneidermeistern jetzt nicht mehr als Bittende, sondern ihren gerechten Lohn Fordernde gegenüber. (Beifall.) Herr Schmidt (Vorsitzender der Kom-mission der Kaufleute und Schneidermeister) theilte mit, die Kommission habe Ermittlungen angestellt, ob ein Nothstand unter den Mäntelnäherinnen wirklich bestehe und habe gefun-den, daß die Mäntelnäherinnen theilweise nicht soviel verdienen, um sich ehrlich ernähren zu können, sowie daß dieselben theil-weise den geforderten Lohn von 2 Mark pro Tag verdienen. Mit dem aufgestellten Lohnsatze könne sich die Kommission nicht einverstanden erklären, da die Leistungsfähigkeit der Ar-beiterinnen wohl in Betracht gezogen werden müsse. Die Kom-mission habe demzufolge eine eigene Kommission gewählt zur Ausarbeitung eines Lohnsatzes und werde diese denselben seiner Zeit einer Versammlung von Kaufleuten und Schnei-dern unterbreiten. Auch er sei der Meinung, daß trotz der vorhandenen Ueberproduktion in der Mäntelnäherinnen ein Preis-ausschlag von 50 Pennigen bis 1 Mark wohl stattfinden könne. Er brachte in Vorschlag, eine Mäntelnäherinnen-Kommission zu wählen, welche mit der Lohnsatzkommission der Kaufleute und Schneidermeister gemeinsam ein'n Lohnsatz ausarbeiten solle. Von einem Streik rief er gegenwärtig ab. Erst sollten alle Mäntelnäherinnen dem Verein beitreten. Auch wäre die Sommerpause, welche nur sechs Wochen dauere, wenig geeignet für einen Streik. Buchdrucker Werner war der Ansicht, daß die Frage, ob ein Nothstand vorhanden sei, eine verschiedene Auffassung zulasse. Wenn die Kommission gefunden habe, daß theilweise von den Mäntelnäherinnen noch 2 M. pr. Tag verdient würden, so habe sie vergessen, daß 2 M. pr. Tag ein Minimallohn sein solle und außer Acht gelassen, in welcher Arbeitszeit die 2 M. verdient würden. Herr Schmidt konstatirte, daß eine Arbeitszeit von 10 Stunden, nicht aber Reckenburger Tage gemeint seien. Die Frauen sollten sich nicht von Leuten aufwiegeln lassen, die nichts vom Fache verstehen. Frau Buge nahm demzufolge Veranlassung, nur noch Kaufleuten und Schneidern das Wort zu gestatten. Zum Schluß einigte man sich dahin, eine Lohnkommission der Mäntelnäherinnen behufs Proklamirung eines General-streiks zu wählen, und findet zu diesem Zweck am Freitag eine öffentliche Versammlung statt.

Im Verbands deutscher Zimmerleute (Lokal-Ver-band Berlin Nord und Umgegend) hielt am 3. d. M. in Schramm's Restaurant, Hochstr. 32, Herr Runkel einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über „Organisation“. Nach Schluß der darauffolgenden Diskussion, in welcher sich die Herren Weimert und Unversehrt im Sinne des Referenten aus-sprachen, erfolgte die Berichterstattung über die im Architekten-hause stattgefundene Versammlung von Platzvertretern. Der Berichtstatter Herr Unversehrt verlas die hauptsächlichsten Reden, welche dort gehalten wurden, und knüpfte unter großer Heiterkeit der Versammlung einige Bemerkungen daran. Es entspann sich hierüber eine lebhafte Diskussion, an welcher sich viele Redner beteiligten. Die Aeußerung des Zimmermeisters Gömann (Vehrensstr.): „So lange die Zimmerleute nicht in der Lage sind, das zu leisten, was die Maschinen leisten, so lange dürfen dieselben nicht über Maschinenkonkurrenz klagen.“ wurde scharf von einem Redner kritisiert. Letzterer meinte, die Theorien dieses Herrn gingen darauf hinaus, den Gesellen zur Maschine zu machen und ihm jedes natürliche Bedürfnis zu verlagern. Gömann wünschte sich wahrscheinlich eine menschliche Maschine, die sich von der mechanischen darin unterscheidet, daß sie keine Unkosten für Reparaturen verursacht. Nachdem dann noch verschiedene Verbandsangelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Zimmerleute des Nordens, schließt Euch dem Verbands an, jetzt durch Eure Mitgliedschaft, daß es Euch mit der Verbesserung Eurer Lage ernst ist. Die Geiegenheit ist durch den Lokal-Verband Berlin Nord und Umgegend geboten. Mittelt jeden Säumigen auf und tretet ein in unsere Reihen. Die regelmäßigen Versammlungen des Lokal-Verbandes finden jeden Mittwoch nach dem Essen und Frühstückens eines jeden Monats, Abends 8 1/2 Uhr, in Schramm's Restaurant, Hochstr. 32 statt. Nächste Versammlung am Mittwoch, den 17. Februar.

Der Interessen-Verein der Riffenmacher hielt am Montag, den 8. d. M., eine Mitglieder-Versammlung ab, in welcher Herr Meyner einen Vortrag hielt über „Die Nothwendigkeit der Organisation“. Redner wies zunächst darauf hin, daß dieses Thema nicht oft genug debattirt werden könne, besonders wenn die Bestrebungen der gewerkschaftlichen Vereine auf so harten Widerstand stoßen, wie gegenwärtig beim Interessen-Verein der Riffenmacher, welcher erfahren habe, daß die Errungenschaften des so fleißig durchgeführten Streiks in einer der größten Riffenfabriken Berlins schon wieder illusorisch geworden seien, da der Fabrikant sein der Streik-Kom-mission gegebenes Ehrenwort jetzt gebrochen habe, indem er diejenigen Arbeiter, welche sich den von ihm dikirtten Lohn-abzug nicht gefallen lassen wollten, sofort entläßt. Dieser „humane“ Fabrikant gab die Versicherung, daß er durch eine Organisation der Fabrikanten dafür sorgen werde, daß die Arbeiter die Lust zum Streiken verlieren würden. Redner be-tonte, daß der größte Fehler der sei, daß nicht alle Arbeiter der Vereinigung sich anschließen, daß sogar ein verhältniß-mäßig großer Theil derselben der Organisation feindlich gegenüber stehe. Er erwähnte alle Kol-legen, sich der Organisation anzuschließen. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner im Sinne des Referenten und bemerkten einige, daß die Arbeiter der Erdmann'schen Fabrik trotz der ungünstigen Geschäftszeit ge-willt sind, die Arbeit sofort einzustellen, wenn es vom Interessen-Verein der Riffenmacher für gerechtfertigt anerkannt würde. Die Versammlung entschied sich dahin, daß die Ar-beiter vorläufig ausharren mögen, es würde bald die Zeit kommen, wo Herr Erdmann seine Arbeiter nicht so leicht ent-behen kann und die Bedingungen, die er ihnen jetzt stellt, gern freiwillig zurücknehmen wird. Hierauf wurde vom 2. Raffner, Herrn Simon, die Abrechnung vom 4. Quartal vorgelesen, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Herr Ischernig machte bekannt, daß am Sonntag, den 14. Februar, Nachmittags 5 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 20, ein geselliges Zusammensein der Mit-glieder des Vereins in Begleitung von Damen stat findet. Um 7 Uhr findet daselbst ein wissenschaftlicher Vortrag statt. Gäste sind willkommen. Nach Erledigung geschäftlicher An-gelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

aufßerdem zu jeder Tageszeit: Alexanderstr. 25 im Lokale des Herrn Aug. Rösch und beim Kassirer Mr. Rösch, Adalbertstr. 26 N. Aufnahmen finden an den vorbenannten Stellen und (mit Ausnahme Sonntags) Mittags zwischen 12 und 1 Uhr beim Besammlungsleiter Fr. Schrader, Franzstr. 5 N., statt. Die Mitglieder werden auf § 9 Abs. 4 des Statuts aufmerksam gemacht und aufgeführt, die rückständigen Beiträge schleunigst abzuführen. Die Zahlstellen-Inhaber sind angewiesen, die Quittungsabläufe derjenigen Mitglieder, welche mit Beiträgen im Rückstande bleiben, bis zur vollständigen Regelung zurückzuführen. Krankenunterstützungen werden Sonntags, Vormittags von 10 bis 12 Uhr, und Mittwochs, Abends von 8 bis 10 Uhr, im Lokale Naumannstr. 78 ausgezahlt.

Der Berliner Studenten-Verein nahm am Montag, den 8. d. Mts., den sehr günstigen Rechenschaftsbericht entgegen. Ein erfreuliches Zeichen ist es, daß die Mitgliederzahl in den Wintermonaten November, Dezember und Januar weit über 100 gewachsen ist, also die größere Hälfte des ganzen Berufes bereits dem Verein angehört. Die gleichzeitige Abrechnung des letzten Vermögens wies einen Ueberschuß von 70,50 Mark nach. Diese Summe wurde dem Unterstützungs-fonds überwiesen. Die Zahl der zum Unterstützungs-fonds steuernden Mitglieder wurde vom Kassirer der Lohnkommission auf 156 angegeben. Außerdem wurde mitgeteilt, daß schon einige Prinzipale ihre Zustimmung zu dem neu vorgelegten Lohn-tarif gegeben haben. Zum Schluß wurde die Mittheilung gemacht, daß am Sonntag, den 14. d. Mts., eine öffentliche Versammlung stattfindet, in welcher ein Reichstagsabgeordneter der Arbeiterpartei einen Vortrag über „Arbeiterschutz und Unfallversicherung“ halten wird.

Der Fachverein der Former Berlin's und Umgegend hielt am Montag, den 8. Februar, eine von ca. 300 Personen besuchte Mitgliederversammlung in Arlegers Salon, Wasserthorstr. 68, ab. Herr Müller eröffnete die Versammlung. Bevor derselbe zur Tagesordnung überging, gedachte er in kurzen Worten des in Weihenfels verstorbenen Genossen Richard Kunow und machte bekannt, daß auch die Former einen Delegirten zum Beirathungsgesicht haben. In Ehren des Verstorbenen erhoben die Anwesenden sich von ihren Plätzen. Hierauf wurde Herr Jakobowski zum ersten und Herr Grunewald zum zweiten Schriftführer des Vereins gewählt. Abschließend hielt der Schlosser

Herr Giersch einen beifällig aufgenommenen Vortrag über den Werth der Organisation, in welchem er besonders auf den noch so sehr herrschenden Indifferentismus der Arbeiter hinwies und dessen energische Bekämpfung vorschlug. Mehrere Redner sprachen im Sinne des Referenten. Der Vorsitzende meinte, es wäre endlich Zeit, daß die Arbeiter aufhörten in den Kneipen dem Meister Opposition zu machen um dann am andern Morgen mit schlotternden Füßen vor ihm zu stehen. Jeder solle sich an der Bewegung betheiligen, denn Einigkeit macht stark. Ferner forderte der Vorsitzende auf, recht zahlreich auf das „Berliner Volksblatt“ und die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitg.“ zu abonniren und wies auf den Arbeitsnachweis hin, indem er bedauerte, daß sich zu wenig Former daran betheiligen. Nachdem beschloffen war, daß nach Schluß der Versammlung eine Zellerammlung für die streikenden Schleifer Berlins und die Klempner Dittenfens veranstaltet werden soll und der Vorsitzende die im Fragekasten befindlichen Fragen beantwortet hatte, schloß derselbe die Versammlung.

Fachverein der Drechsler, Knosfänger und Berufsgenossen Berlins. Am Sonnabend, den 13. d. Mts., großer Wiener Radball in der „Urania“, Brangelfstr. Nr. 9-10. Billets sind zu haben bei sämtlichen Mitgliedern des Vorstandes und Vergütungskomitees, sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen. Um zahlreichen Besuch bittet das Komitee.

Eine Werkstatt-Delegirten-Versammlung der Drechsler und verwandten Berufsgenossen findet am Sonntag, den 14. Februar, Vormittags 10 Uhr, im königstädtischen Kasino, Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr., statt. Tagesordnung: 1. Das Programm unserer diesjährigen Lohnbewegung und die Nothwendigkeit der Ausarbeitung von Lohn-tarifen für sämtliche Branchen. 2. Verschiedenes. — Wir ersuchen die Gewerkschaften, in allen Werkstätten die Wahl der Delegirten vorzunehmen und die letzteren mit den betreffenden Mandaten zu versehen. Sämtliche Branchen müssen in dieser Versammlung vertreten sein. — Im Weiteren haben als Gäste alle Gewerkschaften Zutritt. (Siehe Inserat.)

In der freireligiösen Gemeinde spricht am nächsten Sonntag, Vormittags 10 Uhr, Kolonnenstr. 38, Herr Schäfer über: Goethe's Gott- und Weltanschauung. Zutritt steht Jedem frei.

Steiniger-Gesellschaft. Freitag, den 12. d. Mts., Abends 8 Uhr, General-Versammlung sämtlicher Steiniger-Gesellen Berlins in Seefeld's Salon, Grenadierstr. 12. Tagesordnung: 1. Die Lohnfrage. Referent: Mittelstr. 10. 2. Jahresbericht über den Stand der Anwartschaft und Junggefellens-Kasse. 3. Wahl der Deputirten zur Valdeinstufe. 4. Wahl von 9 Krankenbesuchern. 5. Verschiedenes.

Fachverein der Drechsler, Knosfänger und Berufsgenossen Berlins. Sonnabend, den 13. d. Mts., großer Wiener Radball in der „Urania“, Brangelfstr. Nr. 9-10. Billets sind zu haben bei sämtlichen Mitgliedern des Vorstandes und Vergütungskomitees, sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen.

Generalversammlung des Fachvereins der Metallschrauber, Facondreher und Berufsgenossen am Sonntag, den 14. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, Alexanderstr. 31. Tagesordnung: 1. Wahl der Fach resp. Lohnkommission, des Vergütungskomitees und eines Adjunkten. 2. Wann unterbreitet der Fachverein den Minimal-Lohn-tarif? und im Ansehung hieran: Rückblicke über das verfloßene Vereinsjahr.

Öffentliche Versammlung der Mäntelnäherinnen in Sachen der Lohnbewegung (Einführung eines Lohn-tarifs) heute, Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, in Rohmann's Salon, Frankfurterstr. 117.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler u. verw. Berufsgenossen (S. 71). Da die 4 Filialen Ost, Süd und West mit dem 14. Februar (Sonntag) in Liquidation treten, so ist es notwendig, daß sämtliche Mitglieder der Kasse sich so schnell wie möglich im alten Kassensaal, Alte Inhofstr. Nr. 83, abmelden. Dasselbst wird jedem Mitgliede bekannt gegeben, wo es sich in Zukunft betrefend die Zahlung und Unterstützungen hinwenden hat. Zeitig werden die Bevollmächtigten und Kassirer ersucht, Sonnabend, den 13. Februar, Abends 8 Uhr, Alte Inhofstr. 83 zu erscheinen, um die nöthigen Utensilien in Empfang zu nehmen.

Verein sämtlicher Berufsklassen. Berlin II. (L. 2.) Sonnabend, den 13. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Lötkow, Pringelstr. 79: Mitglieder-Versammlung.

Theater.

Freitag, den 12. Februar.
Obernhaus. Der Prophet, Oper in 5 Akten.
Schauspielhaus. Treu dem Herrn, Schauspiel in 4 Akten.

Deutsches Theater. Der Bureaurot.
Wälder-Theater. Sammet und Seide, Lustspiel in 4 Akten von Oscar Blumenthal.

Walden-Theater. Denise, Schauspiel in 4 Akten von A. Dumas (Sohn).
Wells-Alliance-Theater. Orpheus in der Unterwelt. Burleske Oper in 4 Bildern von Offenbach.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Der Higeunerbaron, von Joh. Strauß.
Walhalla-Theater. Das lachende Berlin.

Seitredes aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Prolog und 3 Akten von Jakobson und Wilken.
Eisenstädtsches Theater. Abracadabra.

Central-Theater. Der Stadt-Trompeter.
Hilf-Theater. Däumling.
Dionys-Theater. Medea, Trauerspiel in 5 Aufzügen von Grillparzer.

American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Ballntheaterstraße 15.
Heute und folgende Tage:
Madame Potiphar.

Charaktergemälde mit Gesang in 6 Bildern von G. Charles Duchow. Musik von V. Brandt.
Vor der Vorstellung:
Gr. Konzert der Hauskapelle.

Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Wons haben Wochentags Billigkeit und sind im Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Vassage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab.
Kaiser-Panorama.
Zum ersten Male: Das südliche Frankreich. Eine Wanderung durch Holland. Gertha Reife. Karolinen. Inseln u. eine Reise 2 Pf., Kinder nur 1 Pf. Abonnements.

G. Richter's Restaurant,
Kottbuserstraße 2,
empfehlend der geehrten Nachbarschaft seine Lokale zum geneigten Besuch. Sonntags und Mittwochs Frei-Konzert. Ausschank von Weiß- und Bairisch Bier, Speisen a la carte zu billigen Preisen.

Zu gleicher Zeit empfehle ich meinen Saal den geehrten Vereinen zur Abhaltung von Festlichkeiten, Versammlungen u. s. w. Vereinszimmer mit und ohne Piano, zu 25-30 Personen, geeignet für Rauchclubs oder Gesangsvereine, 5 1/2 Meter hoch. Um geneigten Zuspruch bittet

Achtungsvoll Georg Richter.

Selbstunterricht
in der einfachen und doppelten kaufmännischen Buchführung

und Darstellung eines neuen abgekürzten Systems zur doppelten Buch-methode von C. Schmidt, Lehrer der Handelswissenschaften.
Preis 1 M. 50 Pf.

Zu beziehen d. d. Exped. d. „Berliner Volksblatt“, Berlin, Zimmerstraße 44.

Junge Hiebuhnde f. s. verl. Blücherstr. 17 i. Keller.

Große außerordentliche Versammlung

sämmtlicher
Handwerker und Arbeiter des
Baugewerbes,

als: Bauhilflicher, Zimmerer, Maurer, Einsetzer, Bodenleger, Anschläger, Schlosser, Klempner, Maler, Glaser, Tischler, Tapezierer, Dachdecker, Steinmetze, Steinträger, Staker, sowie aller auf Bauten beschäftigten Personen,
am Sonntag, den 14. d. Mts., Vorm. 10 Uhr, in der Tonhalle, Friedrichstraße 112.

Tages-Ordnung:
1. Regelung der Streiks. Referent: Herr Ribelsen. 2. Wahl einer Kommission. — Der wichtigen Tagesordnung wegen werden alle im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Der Einberufer.
J. A.: Arnold Krüge, Fürstendergerstraße 11.

Fachv. d. Metallarb. in Gas-,
Wasser- u. Dampf-Armaturen.

Sonnabend, den 13. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,
General-Versammlung
in Grätweil's Bierhallen, Kommandanten-
Straße 77-79.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Gottfr. Schulz über: „Werth und Mehrwerth.“ 2. Vierteljahres-Abrechnung. 3. Bericht über den Stand der Vergütungskasse. 4. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Fachverein der Rohrleger.
Sonntag, d. 14. Febr., Vormittags 10 1/2 Uhr,
Versammlung

bei Wolf u. Krüger, Stalitzerstr. 126.
Tages-Ordnung:
1. Vierteljährlicher Rechenschaftsbericht. 2. Freie Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Fragekasten.
Der Vorstand.

General-Versammlung
der
Putzer Berlins und Umgegend

am Sonntag, den 14. d. Mts., Vorm. 10 Uhr, in Meiß's Salon, Kommandantenstr. 71-72.

Tages-Ordnung:
Die diesjährigen Bauausichten und die letzte Beschlussfassung der Baugewerksmeister. Referent Herr J. Dietrich.
Die Kommission.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der Tischler u. s. w.

(G. B. Hamburg, Verwaltungsstelle Berlin F. Schönhauser Chor-Bezirk).
Sonntag, den 14. Februar, Vorm. 11 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung
im Lokal Holoffsurg, Fehrbellinerstraße 98.

Tagesordnung:
1. Rechenschafts-Bericht vom 4. Quartal. 2. Bericht über den Stand der Kassenangelegenheiten. 3. Quittungsbuch legitimirt.
Der Vorstand.

Verein zur Wahrung d. Interessen der Klavierarbeiter.
Sonnabend, den 13. Februar,
Versammlung

in Grätweil's Bierhallen, Kommandanten-
Straße 77/79 (untere Säle).

Tagesordnung:
1. Besprechung der Lohn-tarife zur Feststellung der Statistik. 2. Vorbesprechung zur Gründung einer Kasse betreffend Unterstützung arbeitsloser Kollegen. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der Vorstand.

Ein Stand guter Betten, neu, 22 M., 10 f. s. verl. Reichenbergerstr. 183, im Rüstengeschäft.

Wir haben eine ganze Menge Leinen- und Baumwoll-Waaren zu außer-
gewöhnlich billigen Preisen angekauft und offeriren demzufolge solche jetzt

sehr viel billigere

Hemdentuche in guter Qual., ohne jede Appretur, 1/4 breit Mtr. 30-40 Pf.
Ranforcé eine feinfädige Waare, hübsch dicht gewebt, 1/4 breit Mtr. 40-45 Pf.

Cretonne fort fein u. rundfäd., sow. i. d. Halbhart. als auch in d. Wäsche ganz vorzügl. Mtr. 50 Pf.
Shirting in allen Qualitäten, aber auch schon sehr gut für Mtr. 25 u. 30 Pf.

Chiffons ebenfalls in allen Qualitäten, aber auch schon sehr gut für Mtr. 30 u. 35 Pf.
Gutes Hausmacherleinen jetzt Mtr. 40 u. 45 Pf.

Gutes breit. Hausmacherleinen für Damen Mt. 1 Mk.
Gute Küchen-Handtücher in grau und weiß, 1/2 Dyd. Packung 2 Mk.
Gute Stuben-Handtücher in 1/2 Dyd. Packung 2 1/2, 3, 3 1/2 Mk.

Echtes gut. Bettzeug Neueste Berl. Muster, 1/4 br. Mtr. 35 u. 40 Pf.
Rosa und gestreifte Julets Mtr. 50 u. 60 Pf.

Drillliche, ganze Bettbreite Mtr. 75 Pf.
Tischgedecke mit 12 Servietten, mit 6 Servietten 4 1/2 Mk.

Einzelne Tischtücher für 1 Mk.
Einzelne Servietten für 30 Pf.

Leinene Taschentücher 1/2 Dyd. Packung 1, 25, 1, 50, 1, 75, 2 Mk.
Möbel-Cattune, vollständig waschecht, Mtr. 30 u. 40 Pf.

Teppiche in allen Qualitäten und größere 4, 5, 6, 10 Mk.
Waschichte Hauskleiderstoffe Mtr. 30 u. 40 Pf.

Wollene Kleiderstoffe in sehr gr. Auswahl, Mtr. 35 u. 45 Pf.
Schwarze rein wollene Cachemirs sehr velle Qualitäten Mtr. 1, 1, 25, 1, 50, 1, 80, 2 Mk.

Regen-Mäntel in sehr großer Auswahl, 10, 12, 15, 18 Mk.

Jeden Montag Vormittag Ausverkauf
von Nesten und einzelnen Möbeln.

Sielmann & Rosenberg,
Berlin, Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.

Delegirten-Versammlung
der
Drechsler u. verw. Berufsgenossen

am Sonntag, den 14. d. Mts., Vorm. 10 Uhr, im königstädtischen Kasino, Holzmarktstr. 72.

Tagesordnung und weiteres siehe redaktionellen Theil dieser Zeitung.
Letzte Aufforderung.

Alle Diejenigen, welche noch Sammellisten betreffend die freiwilligen Sammlungen zu unserm vorjährigen Streikfonds in Händen haben, werden ersucht, dieselben in obiger Versammlung abzuliefern, widrigenfalls die Namen der Sammligen in der demnächst erscheinenden gedruckten Abrechnung veröffentlicht werden.

Die Lohnkommission:
J. A.: Robert Sandermann, Gitschinerstr. 61.

Arbeitsmarkt
Junge Mädch. verl. Waldemarstr. 57, Hof 1. r.

Fachverein der Steinträger
Sonntag, den 14. d. Mts., Vormittags 10 1/2 Uhr,
Versammlung

in Scheffer's Salon, Inselfstraße Nr. 10.

Tagesordnung:
1. Beschlussfassung des Vereins über den diesjährigen Aufstellung des Lohn-tarifs. 2. Bericht über den Stand der Angelegenheiten der Bau-gewerkschaft zu verdrängten Verhältnissen. 3. Diskussion.

Quittung. Für die Familie Holoffsurg, Gitschinerstr. 17, wohnhaft, abzugeben und zu bestätigen, Frau eingehändig.

Zwei Formmachersgehilfen sind dauernd Beschäft. auf gr. edig. bei G. Zeibert, (gute Mäntelarbeiten) finden dauernde Arbeit zu nehmen.
F. Siemerling, Brandenburg a. H.